

## Innenpolitische Faktoren der ukrainischen Außenpolitik

Haran', Oleksij Vasylovyc

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Haran', O. V. (1999). *Innenpolitische Faktoren der ukrainischen Außenpolitik*. (Berichte / BIOst, 39-1999). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44246>

### Nutzungsbedingungen:

*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*

*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

### Terms of use:

*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*

*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>  
E-mail: [administration@biost.de](mailto:administration@biost.de)

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
Einleitung .....	7
Die grundlegenden außenpolitischen Orientierungen der Wähler .....	7
Die Orientierungen von Regionen und ethnokulturellen Gruppen .....	10
a) Nationale Minderheiten .....	14
b) Regionale Unterschiede in der Position des ukrainischen Ethnos.....	16
c) Der Faktor Konfession.....	20
Der innenpolitische Kampf und die Außenpolitik .....	23
a) Der Einfluß der Präsidentschaftswahlen 1994 und die außenpolitischen Einstellungen der Eliten.....	23
b) Die Parlamentswahlen 1998 und die Einstellungen des Elektorats nach Parteien .....	27
c) Die Präsidentschaftswahlen 1999 .....	30
d) Außenpolitische Einstellungen in der Ukraine nach dem Kosovo-Konflikt .....	35
Ausblick .....	36
Summary .....	39

16. November 1999

Dieser Bericht ist im Rahmen des von der Volkswagenstiftung finanzierten Forschungsprojekts "Die Ukraine auf dem Weg zur Demokratie" entstanden.

Der Verfasser ist Direktor des Zentrums für nationale Sicherheitsstudien an der Universität "Kyïv-Mohyla-Akademie".

Redaktion: Gerhard Simon

Übersetzung: Olga Löwen



**Oleksij Haran'**

## **Innenpolitische Faktoren der ukrainischen Außenpolitik**

Bericht des BIOst Nr. 39/1999

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

In diesem Bericht werden die unterschiedlichen ethnokulturellen und regionalen Einstellungen zur Außenpolitik in der Ukraine analysiert, und es wird aufgezeigt, wie sie sich in der außenpolitischen Orientierung der politischen Hauptakteure niederschlagen, insbesondere angesichts der Präsidentschaftswahlen im Oktober 1999. Die Hauptthese lautet, daß diese Unterschiede nicht unüberwindbar sind und die ukrainische Gesellschaft bei erfolgreichen Wirtschaftsreformen einen wesentlichen Impuls zur politischen und geopolitischen Konsolidierung erhalte. Angesichts der kritischen Reaktion der Öffentlichkeit in der Ukraine auf das Vorgehen der NATO im Kosovo wird den Einstellungen der Wähler sowie der Eliten gegenüber der NATO und dem Einfluß des Kosovo-Konflikts hierauf besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

#### *Ergebnisse*

1. Im ukrainischen Elektorat gibt es drei Hauptorientierungen: 1) eine prorußländische; 2) eine prowestliche; 3) Anhänger einer ausbalancierten Politik. In den Jahren 1994 bis 1998 sind die Positionen der Anhänger einer Ausrichtung auf die GUS, auf ein Bündnis mit Rußland und Belarus sowie auf Rußland schwächer geworden. Der Großteil der Bevölkerung der Ukraine tritt zwar für die Entwicklung beidseitig vorteilhafter Beziehungen zu Rußland ein – in der linksuferigen Ukraine schenkt man Rufen nach Integration gerne Gehör –, lehnt aber gleichzeitig eine feste Bindung an den Kurs Moskaus und damit eine eventuelle Einbeziehung Kievs in Konflikte ab.
2. Die Hauptrolle bei den Unterschieden in den außenpolitischen Einstellungen spielt der regionale, nicht etwa der ethnokulturelle Faktor. Schon die Einteilung in ukrainisch- und russischsprachige Ukrainer ist relativ; die Grenzen zwischen diesen beiden Gruppen sind verschwommen. Die russischsprachigen Politiker fühlen sich vom politischen Machtkampf in Kiev nicht ausgeschlossen und halten es für realistischer, um Positionen und Ressourcen dort anstatt in Moskau zu wetteifern.
3. Wenn man die Theorie vom "Clash of Civilizations" auf die Ukraine anwenden will, so muß unterstrichen werden, daß sich die ukrainische Politik nicht allein aus kulturhistorischen Faktoren erklären läßt. Dies belegt auch die veränderte Haltung der Kučma-Admi-

nistration: von prorußländischen Erklärungen im Wahlkampf 1994 bis zur Konzeption der "mehrgleisigen" Politik (mnogovektornost') und zum Kurs auf Integration in die europäischen Strukturen. Die Logik des Aufbaus eines neuen Staates zwingt die ukrainischen Präsidenten, einerseits den Einfluß der verschiedenen Regionen auf die Außenpolitik auszubalancieren, andererseits die Integration in Europa anzusteuern.

4. Die "mehrgleisige" Politik der Führung des Landes entspricht der Ambivalenz in den außenpolitischen Einstellungen der Bevölkerung. Die Linken können sich weiterhin der symbolischen "prosovjatischen" und "panslawischen" Rhetorik bedienen, wohl wissend, daß sie in Wirklichkeit wenig realistisch ist.
5. Die Anschauungen der ukrainischen Elite, die prowestlicher sind als die der Wählerschaft, helfen bei der Herausbildung neuer Ansätze in der Außenpolitik. Diese Schere kann allerdings von "Antiwestlern" ausgenutzt werden, insbesondere im Wahlkampf. Dies heißt jedoch nicht, daß die Machthaber permanent nach "links" blicken müssen, um so mehr, als die Öffentlichkeit in der Ukraine vor der Kosovo-Krise auf die NATO-Osterweiterung gelassen reagierte und keinen Hinderungsgrund für das Programm "Partnership for Peace" sah. Deswegen muß auch in der neuen Phase die Bevölkerung über die neue Sicherheitsarchitektur in Europa umfassender informiert werden.
6. Die meisten Präsidentschaftskandidaten, wohl wissend, daß 55% Prozent der Wähler im Osten des Landes leben, verkündeten die Notwendigkeit enger, partnerschaftlicher Beziehungen zu Rußland. Im Vergleich zu den Wahlen 1994 ist allerdings dieses Thema in den Hintergrund getreten. Eine Ausnahme stellt der neue Vorsitzende der Verchovna Rada, Tkačenko, dar. In seiner Haltung sehen einige rechtszentristische Politiker die Gefahr einer Wiederholung des Lukašenko-Phänomens. Allerdings liegt Tkačenkos Rating bei den Präsidentschaftswahlen bei nur ein paar Prozent. Die Position der demokratischen Opposition wie auch der "Etatisten" im Staatsapparat der Ukraine ist viel stärker als in Belarus. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß Tkačenko schon während der Wahlkampagne den Akzent verschob und unterstrich, daß er die Unabhängigkeit der Ukraine auf keine Weise in Frage stellt.
7. Obwohl Jelzin seine Unterstützung für Kučma erklärte, gab es bei den Präsidentschaftskandidaten in der Ukraine keinen Kandidaten, auf den Rußland wie 1994 setzen konnte. Ebenso fehlte ein Reformler, den der Westen hätte bevorzugen können. Nach den Präsidentschaftswahlen dürfte die "mehrgleisige" Politik höchstwahrscheinlich fortgesetzt werden, eventuell mit einer geringfügigen Akzentverschiebung in Richtung Westen.
8. Die Linken haben den Krieg in Jugoslawien dazu benutzt, um die Zusammenarbeit der Ukraine mit westlichen Institutionen zu attackieren. Dennoch beabsichtigt Präsident Kučma, die Kooperation mit der NATO und dem IMF fortzusetzen, ungeachtet einiger prorußländischer Gesten im Zuge der Wahlkampagne. Mehr noch: Die radikalen Erklärungen der Linken vor dem Hintergrund der Vermittlungsbemühungen Kučmas in Jugoslawien sowie die Betonung des interethnischen Friedens in der Ukraine setzten Kučma-Anhänger im Wahlkampf ein. Die Instabilität in Rußland aufgrund des Krieges im Kauka-

sus schwächt die prorußländischen Stimmungen der Wähler erheblich und dürfte sich langfristig auf die politische Selbstbestimmung Kiews auswirken.

9. Der Westen sollte einen zu starken Druck auf die fragile ukrainische Demokratie vermeiden. Die ukrainische Seite hingegen muß die Schaffung einer neuen gesetzlichen Basis und eines günstigen Investitionsklimas beschleunigen. Sonst kann die Verkündung von Losungen der Integration in Europa zur Desorientierung der ukrainischen Gesellschaft, der ukrainischen außenpolitischen Strukturen sowie der westlichen Partner führen, und der Abstand zwischen der Ukraine und den sich in die NATO und die EU integrierenden ostmitteleuropäischen Ländern kann größer werden.
10. Während der Präsidentschaftswahlkampagne gab es in der Ukraine keinen Kandidaten, auf den der Westen eindeutig setzen konnte. Vor der Stichwahl galt Kučma als das "kleinere Übel". Sein Sieg wird die Positionen der präsidentenfreundlichen Fraktionen im Parlament festigen, was den Weg zu einer radikalen Reform der ukrainischen Wirtschaft ebnen könnte. Allerdings sind viele Analytiker der Ansicht, daß die mit dem Regime eng verwachsenen ukrainischen "Oligarchen" keinen Anreiz zu Reformen haben, was ein weiteres Stagnieren der Wirtschaft und die Schwächung der Position Kiews auf der internationalen Bühne zur Folge haben dürfte. Unter diesen Umständen könnte sich der Druck des Westen stimulierend auf die Reformierung der ukrainischen Wirtschaft auswirken.





## Einleitung

Kürzlich erschienene Artikel, die innenpolitische Faktoren der Außenpolitik Kiews analysieren, untersuchen fünf Faktoren: militärisches Potential, Wirtschaftspotential, politische Struktur, Interessengruppen und miteinander konkurrierende Eliten.<sup>1</sup> Marc Nordberg kommt zu der Schlußfolgerung, daß die Außenpolitik Kiews im wesentlichen von ökonomischen Faktoren, der Haltung des Präsidenten und der Konkurrenz der Eliten untereinander bestimmt wird.<sup>2</sup> Obwohl dies richtig ist, insbesondere im Hinblick auf die Rolle der Wirtschaft und die Abhängigkeit von Rußland im Energiebereich, soll auf diese Fragen hier nicht näher eingegangen werden, da sie einer gesonderten Untersuchung bedürfen. Unsere Hypothese lautet: Lettland und Estland haben sich ungeachtet einer ursprünglich starken ökonomischen Abhängigkeit von Rußland und einer zu rund 40% nicht autochthonen Bevölkerung schnell und relativ reibungslos auf den Westen umorientiert. Das Balancieren Kiews zwischen dem Westen und Rußland läßt sich mit einer ambivalenten psychologischen, kulturellen und geopolitischen Orientierung der ukrainischen Elite erklären, was mit den unterschiedlichen Orientierungen innerhalb des ukrainischen Ethnos (je nach Region) im Zusammenhang steht. Aus diesem Grunde sollen zunächst die unterschiedlichen ethnokulturellen und regionalen Orientierungen in der Ukraine betrachtet werden (Nordberg untersucht diesen Aspekt bei der Analyse der Interessengruppen), und es soll aufgezeigt werden, wie sie sich in der außenpolitischen Orientierung der wichtigsten politischen Kräfte, insbesondere im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im Oktober 1999, niederschlagen. Weiter lautet die Hypothese, daß die ethnokulturellen und regionalen Unterschiede nicht unüberwindbar sind und die ukrainische Gesellschaft bei erfolgreichen Wirtschaftsreformen einen wesentlichen Impuls für eine politische und geopolitische Konsolidierung erhalte. Angesichts einer kritischen Einstellung der öffentlichen Meinung zum Vorgehen der NATO im Kosovo soll der Haltung gegenüber der NATO und dem Einfluß des Kosovo-Konflikts darauf besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

## Die grundlegenden außenpolitischen Orientierungen der Wähler

Im Unterschied zu vielen anderen Ländern, die auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR entstanden sind, hat die Ukraine ihre Unabhängigkeit ohne blutige interethnische Konflikte und ohne gewaltsame Zusammenstöße zwischen den verschiedenen Machtzentren erlangt und entwickelt sich ähnlich friedlich weiter. Die Ukraine war das erste GUS-Land, in dem 1994 Parlament und Präsidenten demokratisch gewählt wurden. Auch die, wenn auch mit großer Verzögerung, im Juni 1996 verabschiedete neue Verfassung der Ukraine war das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den verschiedenen Kräften. Kiev hat das Problem allmählich und

---

<sup>1</sup> Taras Kuzio: The Domestic Sources of Ukrainian Security Policy, in: Journal of Strategic Studies, vol. 21, no. 4, December 1998; Marc Nordberg: Domestic Factors Influencing Ukrainian Foreign Policy, in: European Security, vol. 7, no. 3, Autumn 1998.

<sup>2</sup> Marc Nordberg, a.a.O., S. 63.

"evolutionär" gelöst, im Unterschied zu Jelzins "revolutionärem" Weg, der Beschließung des rußländischen Parlaments durch Panzer.

Die Kehrseite der Kompromisse bestand jedoch darin, daß die Überbleibsel der alten Epoche das öffentliche Leben stark beeinflussten, weil dieser Einfluß nicht wie in Polen, Tschechien und den baltischen Ländern stark beschnitten worden war. Dies hemmt den Fortgang der Reformen in der Ukraine. Infolgedessen kam es nicht zu einer Stabilisierung der politischen und insbesondere der ökonomischen Lage.

Die Herrschaft der Oligarchen und der Kampf der Clans, das politische Gegeneinander und die schwach entwickelte zivile Gesellschaft (wenngleich die Ukraine im Vergleich zur sowjetischen Periode hierin bedeutende Fortschritte erzielt hat), all das erschwert die Herausbildung eines gesamtnationalen Konsens in Fragen der Außenpolitik. Auch das schwache ukrainische Unternehmertum, die Schattenwirtschaft und der fehlende Rechtsrahmen sind Hindernisse auf dem Weg nach Europa. Im Lande fehlt bislang ein Klima, das Investitionen stimuliert: Am 1. Januar 1998 beliefen sich die ausländischen Direktinvestitionen auf 2,8 Mrd. USD,<sup>3</sup> was für ein Land mit 50 Millionen Einwohnern ein niedriger Indikator ist. Die etablierte westliche Geschäftswelt schreckt davor zurück, in Korruptionsskandale verwickelt zu werden. Zugleich ist es für das rußländische Kapital objektiv leichter, auf den ukrainischen Markt zu gelangen und sich dort zurechtzufinden.

Insbesondere muß unterstrichen werden, daß infolge der dreihundertjährigen Russifizierung bei einem Teil der ukrainischen Bevölkerung, vor allem im Osten des Landes, Rufe nach einer Konföderation bzw. Föderation mit Rußland immer noch Widerhall finden.

All dies führt zu Ungewißheiten bei der Entwicklung der nationalen Idee, bei der geopolitischen Selbstbestimmung. Daten vielfältiger Umfragen über einen relativ langen Zeitraum gestatten die Feststellung, daß in der Wählerschaft hauptsächlich drei Orientierungen vertreten sind: 1) eine prorußländische, 2) eine prowestliche und 3) Anhänger eines ausbalancierten Ansatzes. Tabelle 1 enthält Daten eines gesamtukrainischen soziologischen Monitorings der öffentlichen Meinung, das vom Institut für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine (NAN) im Rahmen des Projekts "Die Ukraine an der Schwelle des 21. Jahrhunderts" (von den bekannten ukrainischen Soziologen Jevhen Holovacha und Natalja Panina) fünf Jahre lang durchgeführt wurde.

---

<sup>3</sup> Deržkomstat Ukraïny. Ekspres-informacija, 11.2.1999.

Tabelle 1: Welchem Entwicklungsweg der Ukraine würden Sie den Vorzug geben  
(wählen Sie eine Antwort aus, die am ehesten Ihrer Meinung entspricht),  
in %

	1994	1995	1996	1997	1998
Vor allem die Beziehungen im Rahmen der GUS ausbauen	40,5	38,8	31,8	23,7	23,8
Hauptsächlich die Beziehungen zu Rußland ausbauen	17,5	14,8	14,4	4,5	5,0
Vor allem die Beziehungen zum ostslawischen Block (Ukraine, Rußland, Belarus) festigen	-	-	-	24,3	23,7
Eine Ostsee-Schwarzmeer-Union schaffen	1,7	0,8	0,9	0,8	0,9
Vor allem die Beziehungen zu westlichen Industrieländern festigen	13,3	13,9	15,9	13,8	12,8
Sich auf die eigenen Ressourcen stützen und die Unabhängigkeit stärken	13,3	14,4	18,5	16,1	17,7
Die jeweiligen Regionen der Ukraine sollen ihren eigenen Weg wählen	4,2	4,4	4,5	4,1	5,0
Anderes	2,3	1,9	1,7	1,4	1,6
Schwer zu sagen	9,5	10,8	12,2	11,3	9,3
Keine Antwort gaben	0,2	0,1	0,0	0,0	0,2

Quelle: Natalja Panina/Jevhen Holovacha: Tendencii rozvytku ukraïns'koho suspil'stva (1994-1998): sociolohični pokaznyky. Kyïv 1999, S. 68.

Aus Tabelle 1 ist ein ziemlich abrupter Rückgang der Zahl derjenigen zu erkennen, die einer Ausrichtung auf die GUS oder Rußland den Vorzug gaben und sich auf eine Union der drei ostslawischen Staaten Ukraine, Belarus und Rußland (in den ersten drei Jahren des Monitorings wurde diese Frage nicht gestellt) umorientierten. Aber auch die Summe der Anhänger aller drei Varianten ist von 58% auf 52,5% gesunken. Die Zahl derjenigen, die auf die eigenen Kräfte bauen, ist etwas gestiegen; die Orientierung auf den Westen ist praktisch unverändert geblieben, und die Zahl der Anhänger einer Ostsee-Schwarzmeer-Union ist sehr gering. Dennoch ist nicht auszuschließen, daß die Aktivierung verschiedener Formen des Dialogs in Ostmitteleuropa, unter anderem die Durchführung der Regionalgipfel in Lemberg (L'viv) und Jalta 1999, und aktive Schritte der ukrainischen Diplomatie imstande sind, den Reiz dieser Orientierung zu erhöhen, da Ostmitteleuropa in der öffentlichen Meinung nicht so stark ideologisiert wahrgenommen wird wie der Westen, der nach Ansicht der Linken eine "Gefahr" für die Ukraine und die "slawische Einheit" darstellt.

Werden die Respondenten nicht nach dem "Ausbau der Beziehungen", sondern nach einer klaren geopolitischen Wahl gefragt, verliert die prorußländische Orientierung an Anhängern. Unten werden die Umfrageergebnisse einer Untersuchung der Stiftung "Demokratische Initiativen" vorgestellt, die mit Unterstützung von Socis Gallup von Jevhen Holovacha im Januar 1997 durchgeführt wurde, als über die erste Welle der NATO-Osterweiterung und die adäquate Reaktion Kievs sehr heftig diskutiert wurde.

Die Frage: "Als was würden Sie die Ukraine in der Zukunft gern sehen?"  
wurde folgendermaßen beantwortet:<sup>4</sup>

Als unabhängige, blockfreie Macht	25%
In einem Block mit Rußland und Belarus	19%
Als Bestandteil einer neuen UdSSR	14%
Als Bestandteil der GUS	9%
Als Bestandteil Rußlands	3%
In einem Block mit westlichen Ländern	15%
Schwer zu sagen	17%

Bei dieser Art der Fragestellung sinkt also die Anzahl der Anhänger der "östlichen Ausrichtung" auf 45%. Wenn die Frage nach der Zugehörigkeit zum militärischen GUS-Block gestellt wird, verringert sich die Zahl der Anhänger der "östlichen Ausrichtung" radikal.

Die Frage: "Welche der vorgestellten Varianten entspricht am ehesten den nationalen Interessen der Ukraine?" wurde so beantwortet:<sup>5</sup>

Neutraler, blockfreier Status	20%
NATO-Beitritt der Ukraine, unabhängig von anderen Ländern	19%
NATO-Beitritt der Ukraine zusammen mit den GUS-Ländern	10%
Beitritt der Ukraine zum militärischen GUS-Bündnis als Alternative zum NATO-Beitritt	11%
Schwer zu sagen	41%

Daraus läßt sich schlußfolgern, daß die Mehrheit der Bevölkerung der Ukraine, auch wenn sie sich für den Ausbau der Beziehungen zu Rußland ausspricht, zugleich eine feste Bindung an den Kurs Moskaus und ein eventuelle Einbeziehung Kievs in Konflikte ablehnt.

### **Die Orientierungen von Regionen und ethnokulturellen Gruppen**

Bei verallgemeinerten Angaben zur Ukraine insgesamt lassen sich häufig die Positionen der unterschiedlichen Regionen und ethnokulturellen Gruppen nicht im ausreichenden Maße analysieren. Von großer Bedeutung ist für die Ukraine die Position der Russen (21%) und anderer nationaler Minderheiten (6%). Da aber die letzte Volkszählung 1989 noch zu Sowjetzeiten stattfand, ist mit sehr großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß die Zahl der Russen zu hoch angesetzt ist. 64% der Bevölkerung nannten damals Ukrainisch als ihre Muttersprache. Dies entspricht in etwa auch den Daten einer vom Institut für Soziologie

<sup>4</sup> Polityčnyj portret Ukraïny, Nr. 18, 1997, S. 112.

<sup>5</sup> Ebenda.

der NAN im Jahre 1998 durchgeführten Untersuchung, bei der 62% der Befragten die ukrainische Sprache und 36,5% die russische als ihre Muttersprache bezeichneten.<sup>6</sup>

Zugleich ist bei 37,6% die Umgangssprache in der Familie "nur Ukrainisch", bei 33,4% "nur Russisch" und bei 28,4% "unterschiedlich, je nach den Umständen".<sup>7</sup> Einer anderen Untersuchung zufolge, die Anfang 1994 von Valerij Chmel'ko und Volodymyr Paniotto (Kiever Internationales Institut für Soziologie, KMIS) durchgeführt wurde, machen ukrainischsprachige Ukrainer, legt man den tatsächlichen Gebrauch der Sprache im Alltag zugrunde, rund 40% der Bevölkerung aus, russischsprachige Ukrainer 33-34%, russischsprachige Russen 19-20% und ukrainischsprachige Russen 1-2%. Somit stellen die ukrainischsprachigen Ukrainer zwar die relative, nicht aber die absolute Mehrheit der Bevölkerung.<sup>8</sup>

In der Haltung dieser Gruppen sind im Hinblick auf die geopolitische Orientierung der Ukraine Unterschiede festzustellen. Anhand einer Umfrage, die im Dezember 1997, vier Monate vor den Parlamentswahlen, vom Kiever Zentrum für politische Studien und Konfliktologie (KCPIK) zusammen mit dem Institut für Soziologie KMIS durchgeführt wurde, kann die Einstellung zum Bündnis mit Rußland differenziert nach Regionen und nach der ethnokulturellen Identifizierung analysiert werden.

Tabelle 2: Die Wahl wünschenswerter Beziehungen zu Rußland,  
abhängig von der ethnischen Identifizierung,  
in %

	genau solche Beziehungen wie zu anderen Ländern	unabhängige, aber freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern	Vereinigung zu einem Staat <sup>9</sup>
Ukrainer	16,1	54,8	22,9
"Russoukrainer" 10	2,8	51,7	42,4

<sup>6</sup> Natalja Panina/Jevhen Holovacha: Tendencii rozvytku ukraïns'koho suspil'stva (1994-1998): sociolohični pokaznyky. Kyiv 1999, S. 78.

<sup>7</sup> Ebenda.

<sup>8</sup> Dominique Arel/Valeriy Khmelko: The Russian Factor and Territorial Polarization in Ukraine, in: The Harri-man Review, vol. 9, no. 1-2, 1996, S. 81-91.

<sup>9</sup> Hierzu ist anzumerken, daß die dritte Variante nicht ganz korrekt ist, da nicht klar wird, ob es sich um ein zwischenstaatliches Bündnis, eine Konföderation oder Föderation handelt. Trotzdem sind die Daten im bestimmten Maße für die Einschätzung der Anhänger der prorußländischen Orientierung verwendbar.

Russen	1,3	40,7	55,5
Andere	5,8	50,2	39,5

*Quelle:* Političeskie nastroenija nakanune vyborov: Ukraina, dekabr' 1997. Pod red. Michaila Pogrebinskogo. Kiev 1998, S. 21-23.

Dieselbe Frage erbrachte, nach Regionen differenziert, folgende Ergebnisse.

Tabelle 3: Die Wahl wünschenswerter Beziehungen zu Rußland, je nach Region,  
in %

	genau solche Beziehungen wie zu anderen Ländern	unabhängige, aber freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern	Vereinigung zu einem Staat
Westen	32,1	53,6	7,2
Westen-Mitte	10,4	57,1	26,1
Süden	2,7	49,8	44,7
Osten-Mitte	26,3	55,6	34,6
Osten	1,6	44,8	49,7
Ukraine insgesamt	10,3	52,1	32,9

*Quelle:* Ebenda.

Aus den Tabellen 2 und 3 geht hervor, daß insgesamt ein Drittel der Respondenten (32,9%) für Bündnisbeziehungen zu Rußland eintritt, allerdings unterstützen im Westen der Ukraine (Halyčyna (Galizien), Volyn', Zakarpattja und Bukovyna) nur 7,2% diese Variante, während es im Osten (Gebiet Luhans'k und Donec'k) bis zu 49,7% sind. Mit Ausnahme der Russen beziehen nationale Minderheiten ("andere") eine mittlere Position zwischen "Ukrainern" und "Russoukrainern". Anders gesagt: Sie sind mehr etatistisch eingestellt als Menschen mit doppelter nationaler Identifizierung und ethnische Russen. Zugleich sind in der neutraleren Variante der Frage ("unabhängige, aber freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern") die Unterschiede zwischen den ethnokulturellen Gruppen unerheblich.

Wenn wir die Gruppen und Regionen, je nach der Antwort auf die "Unionsvariante", auf einer Achse anordnen, erhalten wir das folgende Bild: Westen (7,2%) – Ukrainer (22,9%) – Westen-Mitte (26,1%) – Ukraine insgesamt (32,9%) – Osten-Mitte (34,6%) – andere (39,5%) – "Russoukrainern" (42,4%) – Süden (44,7%) – Osten (49,7%) – Russen (55,5%).

<sup>10</sup> Wenn sich ein Respondent im Verlauf der Umfrage als Ukrainer oder Russe bezeichnete, wurde ihm eine zweite Frage gestellt, die von einem eventuell doppelten nationalen Selbstverständnis ausging. In der Regel stützten sich die Befragten zunächst auf die aus der Sowjetzeit stammende Eintragung im Ausweis (in den neuen Ausweisen der unabhängigen Ukraine wird wie im Westen die Nationalität nicht eingetragen). Für die Kategorie der doppelten nationalen Identifizierung entschieden sich 17,7% der "Ukrainer laut Ausweis" und 43,3% der "Russen laut Ausweis". Diese beiden Kategorien faßten die Forscher unter dem Arbeitsbegriff "Russoukrainern" zusammen (70,5% dieser Gruppe entschieden sich für Russisch als Sprache der Umfrage). (Političeskie nastroenija nakanune vyborov: Ukraina, dekabr' 1997. Pod red. Michaila Pogrebinskogo. Kiev 1998, S. 17). Dieser Terminus erscheint als nicht sonderlich glücklich, denn es geht nicht um die Einordnung der "Russoukrainern" als Anhänger der doppelten Staatsbürgerschaft, sondern lediglich um deren doppelte ethnische Identifizierung, was eine loyale Haltung gegenüber der Ukraine nicht ausschließt.

Eine ähnliche Gesetzmäßigkeit weisen auch die Antworten auf die Frage nach der Bereitschaft auf, für Parteien zu stimmen, die für die Wiederherstellung der Sowjetunion eintreten. Wie bei der ersten Frage liegen die Mittelwerte für die Ukraine insgesamt zwischen "Ukrainern" und allen übrigen ethnokulturellen Gruppen. Die Unterschiede zwischen "Ukrainern" und "Russen" sind ziemlich groß, wenngleich ein noch größerer Sprung in der Einstellung zwischen "Ukrainern" und "Russoukrainern" festzustellen ist. Es sei festgehalten, daß "Russen im Westen" eine weniger prorußländische Position einnehmen (34,0% sind bereit, für solche Parteien zu stimmen) als "Ukrainer im Osten" (39,8%). Dies spricht dafür, daß der regionale, nicht aber der ethnokulturelle Faktor die größere Rolle spielt.<sup>11</sup>

Die Tatsache, daß sich der größte Teil der Anhänger eines Bündnisses mit Rußland im Osten befindet, ist auch damit zu erklären, daß sich im Osten des Landes die Schwerindustrie konzentriert, die nur unter den allergrößten Schwierigkeiten reformiert werden kann. Dies trifft vor allem auf den wenig rentablen Kohlebergbau im Donbass zu. Somit kommt im regionalen Faktor vermittelt der sozioökonomische Faktor zum Tragen. Nach denselben Daten des Kiever Zentrums für politische Studien sprechen sich für die Vereinigung der Ukraine mit Rußland häufiger Arbeiter (42,2% bei durchschnittlich 32,9%) und Rentner aus (in der Altersgruppe bis 50 25-30% der Respondenten, in der über 50 36-42%).<sup>12</sup> Bezeichnenderweise fand die Unabhängigkeit der Ukraine Ende 1991 nach Umfragen des Zentrums in allen sozialen, demographischen und ethnokonfessionellen Gruppen der Bevölkerung, Russen und andere nationale Minderheiten eingeschlossen, eine höhere Zustimmung.<sup>13</sup> Dies zeugt davon, daß die ungünstige sozioökonomische Lage in der unabhängigen Ukraine Sehnsucht nach der alten Sowjetzeit weckt.

Die Orientierung auf ein Bündnis mit Rußland ging, zumindest bis zu den Ereignissen im Kosovo, nicht mit Anti-NATO-Stimmungen einher, was ebenfalls belegt, wie ambivalent die außenpolitischen Einstellungen sind. Nach den Ergebnissen einer Umfrage, die zum Zeitpunkt der Vorbereitung der ersten NATO-Beitrittswelle (Januar 1997) durchgeführt wurde, lehnten nur 21% der Respondenten die Möglichkeit eines Beitritts der Ukraine zur NATO kategorisch ab; sogar auf der Krim lag diese Zahl unter 40%.<sup>14</sup> Wie aus Tabelle 4 zu erkennen ist, hatten Russen eine etwas negativere Einstellung in dieser Frage, wenn auch insgesamt der Abstand zwischen ihnen und der übrigen Bevölkerung nicht bedeutend ist.

Tabelle 4" Muß die Ukraine NATO-Mitglied werden?"

(Umfrage der Stiftung "Demokratische Initiativen" vom Januar 1997),

in %

	Ja, und zwar möglichst	Ja, aber später	Auf gar	Schwer zu
--	------------------------	-----------------	---------	-----------

<sup>11</sup> Političeskie nastroenija nakanune vyborov, S. 21f.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 16, 31.

<sup>13</sup> Valerij Chmel'ko: Referendum: chto byv "za" und chto "proty", in: Politologični čytannja, Nr. 1, 1992, S. 40-52.

<sup>14</sup> Jevhen Holovacha/Natalja Panina: Tendencii rozvytku ukraïns'ko-rosijs'kych stosunkiv v hromads'kij dumci Ukraïny ta Rosii, in: Ukraïns'ko-rosijs'ki vidnosyny: humanitarnyj vybir. Kyïv 1998, S. 31.



	schnell		keinen Fall	sagen
Ukrainer	20	19	19	42
Russen	13	17	26	44
Ukraine insgesamt	19	18	21	42

Quelle: Polityčnyj portret Ukraïny, Nr. 18, 1997, S. 110.

Die Mehrheit der Befragten hat auf die erste Erweiterungswelle der NATO gelassen reagiert, abgesehen von der negativen Reaktion auf eine theoretisch möglich Stationierung von Atomwaffen auf dem Territorium der neuen NATO-Mitglieder (Kiew schlug vor, Ostmitteleuropa zu einer atomwaffenfreien Zone zu erklären). Im Unterschied zu Rußland sah die öffentliche Meinung auch keinen Hinderungsgrund, Beziehungen zur NATO im Rahmen des "Partnership for Peace"-Programms auszubauen. Jevhen Holovacha und Il'ko Kučeriv haben aufgrund von Umfrageergebnissen eine Einteilung der Regionen nach ihrer Einstellung zur NATO vorgenommen:

Westen, Nordwesten, Kiev	vorherrschend positive Einstellung zur NATO
Nordosten	unbeständige Einstellung, positive Elemente verbinden sich mit Vorsicht im Hinblick auf eine mögliche Destabilisierung der Beziehungen zu Rußland
Osten, Norden, Südosten, Krim	Vorsicht, gepaart mit Unbestimmtheit
Norden, Zentrum	Unbestimmtheit

Aufgrund der Erfahrungen aus früheren politischen Kampagnen kamen die Verfasser zu der Schlußfolgerung, daß die Positionen des Nordens und des Zentrums die öffentliche Meinung in der Ukraine insgesamt beeinflussen können und sich die Informations- und Aufklärungsarbeit deswegen auf diese Regionen konzentrieren sollte.<sup>15</sup>

#### **a) Nationale Minderheiten**

Die oben erwähnten Daten über die "etatistische" Einstellung nationaler Minderheiten sprechen dafür, daß es der unabhängigen Ukraine gelungen ist, das negative Erbe der Sowjetzeit wenn nicht vollständig zu bewältigen, so doch zumindest zu neutralisieren. Kurz vor der Verkündung der Unabhängigkeit war die Situation insofern schwierig, als die ukrainische Westgrenze im Verlauf des Zweiten Weltkriegs und der ersten Nachkriegsjahre gezogen worden war. Ende der achtziger Jahre erhoben ultraradikale Kräfte in Polen, der Slowakei, Ungarn und Rumänien territoriale Forderungen gegenüber der Ukraine. Dies hätte, zusammen mit dem Wirken imperialer Kräfte in Rußland, zur Entstehung eines "Gürtels der Instabilität" mit der Ukraine im Mittelpunkt führen können. Allerdings konnten sich diese Strömungen in den Nachbarländern nicht durchsetzen. Auch die nationale Befreiungsbewegung der Ukraine stellte keine territorialen Forderungen. Die Führung der Bewegung sprach sich, obwohl die Grenzen der Ukraine, darunter mit Rußland, in einigen

<sup>15</sup> Polityčnyj portret Ukraïny, Nr. 18, 1997, S. 97.

Fällen unter Mißachtung des ethnischen Prinzips zuungunsten des Landes gezogen worden waren, für die Unverletzlichkeit der Nachkriegsgrenzen aus. Eine große Rolle spielte auch die Beharrlichkeit der ukrainischen Diplomatie. Infolgedessen konnte die Ukraine nach der Erlangung der Unabhängigkeit recht schnell Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Nachbarländern unterzeichnen.<sup>16</sup>

Von großer Bedeutung für die Haltung der nationalen Minderheiten war der liberale Ansatz der Führung der nationalen Befreiungsbewegung (wo die Nationaldemokraten und nicht die Nationalradikalen dominierten) wie auch der Führung des jungen Staates. Im Unterschied zu Estland und Lettland basierte das ukrainische Gesetz über die Staatsbürgerschaft von 1991 auf der "Nullvariante", was hieß, daß jeder, der bei Inkrafttretens des Gesetzes auf dem Territorium der Ukraine lebte, automatisch die ukrainische Staatsbürgerschaft erhielt. Ungeachtet der Erklärungen einiger prorußländischer Politiker, der Staat förderte den ethnischen Ansatz bei der Bestimmung der "ukrainischen Nation", enthielt die neue Verfassung in der Präambel die Bestimmung über "das ukrainische Volk – die Bürger der Ukraine aller Nationalitäten".<sup>17</sup> Auch die Einstellung zur russischen Sprache ist relativ liberal. Im Schuljahre 1997/1998 wurden 36% der Schüler an Mittelschulen in Russisch unterrichtet, in den Städten 47,5%. Diese Sprache ist an einer ganzen Reihe von Hochschulen im Osten und Süden des Landes vorherrschend, sie ist in den Massenmedien stark vertreten, in russischer Sprache erscheint ein Großteil der Zeitungen.<sup>18</sup>

Im Unterschied zu Rußland, wo antisemitisch ausgerichtete Organisationen aktiv sind, finden in der Ukraine Bewegungen dieser Art keine spürbare Unterstützung in der Bevölkerung. Dies heißt nicht, daß es keine Verbalattacken seitens einzelner Personen oder Anspielungen in Veröffentlichungen mit geringer Auflage gibt.<sup>19</sup> Das offizielle Kiev unterstreicht auf jede erdenkliche Weise seine Aufmerksamkeit gegenüber der jüdischen Minderheit und den tragischen Kapiteln ihrer Geschichte. Dieser Ansatz ist im wesentlichen der Haltung der National-

---

<sup>16</sup> Ausführlicher zur den Beziehungen der Ukraine mit ihren Nachbarn in Ostmitteleuropa: Olga Alexandrova: Die Ukraine und die Staaten Ostmitteleuropas, Berichte des BIOst, Nr. 9, 1997. Nur mit zwei Ländern, Rußland und Rumänien, wo sich Kräfte aktiv für die Revision der Grenzen einsetzten, dauerte dieser Prozeß bis 1997, als die NATO-Osterweiterung sich positiv auf die Unterzeichnung von Freundschafts- und Zusammenarbeitsverträgen auswirkte. Rumänien stellte einen Antrag auf NATO-Beitritt, und eine der NATO-Forderungen war die Regelung von Problemen mit den Nachbarländern und ethnischen Minderheiten im Lande. Rußland wiederum hatte nach der Unterzeichnung der Charta über die besondere Partnerschaft zwischen der Ukraine und der NATO befürchtet, die Ukraine den USA in die Arme zu treiben, wenn das Problem weiterhin ungeregelt blieb. Dennoch zog sich die Ratifizierung des Vertrags durch das rußländische Parlament bis 1999 hin.

<sup>17</sup> Konstitucija Ukraïny. Kyïv 1996, S. 3.

<sup>18</sup> Berechnet nach: Abetka ukraïns'koï polityky. Kyïv 1998, S. 211-214.

<sup>19</sup> Dies war bei der Bürgermeisterwahl in Kiev im Mai 1999 zu spüren. Die "Partei der Macht" hatte zwei Kandidaten aufgestellt, und von beiden Seiten wurde ein schmutziger Wahlkampf geführt. Die Gegner von Hryhorij Surkis, eines Kučma nahestehen großen "Oligarchen", machten Anspielungen auf dessen jüdische Herkunft. Die Anhänger Kučmas wiederum versuchen häufig das Etikett "Antisemitismus" im Wahlkampf ungerechtfertigt anzubringen, worüber Moisej Fišbejn in seinem Artikel mit dem aufschlußreichen Titel "Wer spielt die Karte des Antisemitismus aus" schreibt (Den', 21.9.1999).

demokraten und Dissidenten zu verdanken, die in den sowjetischen Lagern die Schule der wahren Solidarität absolviert haben.

Die Daten von Umfragen in den Jahren 1994 bis 1998 belegen, daß der Index der sozialen Distanz auf der Bogardus-Skala gegenüber Juden unverändert geblieben ist, sich gegenüber Russen sogar verringert hat. In bezug auf andere nationale Minderheiten hat er sich unwesentlich erhöht, was sich vor allem mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage erklären läßt.<sup>20</sup> Mit dem ökonomischen Faktor hängt auch die Fortsetzung der jüdischen Emigration zusammen. Der Staat kann den jüdischen und anderen Gemeinden keine finanzielle Unterstützung gewähren. Hinzugefügt sei, daß es im Westen, darunter auch in einflußreichen jüdischen Gemeinden, immer noch das Stereotyp des Ukrainers als Antisemit zu bekämpfen gilt, das von einer zielgerichteten sowjetischen Propaganda geschaffen wurde, um zwischen den beiden Völkern Feindschaft zu säen. Dieses Stereotyp kann nur durch gemeinsame Anstrengungen überwunden werden, wenn z.B. den schmerzlichen Ereignissen der ukrainischen Geschichte Beachtung geschenkt wird.

Eine wichtige Rolle bei der Verbreitung wahrheitsgetreuer Informationen über die Ukraine wie auch für die Entwicklung von Wirtschafts- und kulturellen Beziehungen könnten die aus der Ukraine emigrierten Juden spielen, die heute in Israel oder in den USA leben. Unter ihnen hat es einige bekannte Persönlichkeiten der zionistischen Bewegung gegeben wie Vladimir Žabotinskij, der konsequent für die Zusammenarbeit des ukrainischen und des jüdischen Volkes eintrat, oder Golda Meir, die erste Botschafterin Israels in der UdSSR und spätere Ministerpräsidentin Israels. Diese Idee griff auch die ukrainische Diplomatie auf, als sie ein Dreieck Ukraine – USA – Israel vorschlug.<sup>21</sup> Ungeachtet des positiven propagandistischen Effekts haben die USA und Israel diese Idee bislang nicht in die Praxis umgesetzt.

Kiev ist es also ungeachtet der Erblast seiner Vergangenheit gelungen, explosive Konflikte zu vermeiden. Der friedliche Entwicklungsweg der Ukraine zur Unabhängigkeit und ihre Haltung gegenüber nationalen Minderheiten trugen wesentlich zur schnellen Anerkennung des neuen Staates durch den Westen bei. Nach Einschätzung vieler westlicher Experten unterschied sich die Ukraine schon seit Beginn der neunziger Jahre durch ihre Minderheitenpolitik positiv von den anderen ostmitteleuropäischen Staaten und Rußland.<sup>22</sup>

### ***b) Regionale Unterschiede in der Position des ukrainischen Ethnos***

Die Präsidentschaftswahlen 1994 haben eine recht deutliche Trennlinie bei der Unterstützung der wichtigsten Kandidaten zum Vorschein gebracht: In der rechtsuferigen Ukraine erhielt

---

<sup>20</sup> Panina/Holovacha, a.a.O., S. 84.

<sup>21</sup> Ausführlicher dazu: Novi realii Ukraïny (Materialien eines vom American Jewish Committee und der Botschaft der Ukraine organisierten Dialogs). Washington 1996 (Kyïv 1997), S. 47-59, 61-75.

<sup>22</sup> Offizielle Stellungnahmen, darunter von Max van der Stoel (Hoher Kommissar der OSZE in Fragen nationaler Minderheiten), siehe in: Maria Drohobycky (ed.): Managing Ethnic Tensions in the Post-Soviet Space. The Examples of Kazakhstan and Ukraine. A Reference Guide. Washington 1995, S. 15-27. Über den Vergleich der Lage der Juden in Rußland und in der Ukraine: Abraham Brumberg: Where There Is Hate, There Also Springs Hope, in: Washington Post, 11.7.1999.

Leonid Kravčuk die meisten Stimmen; Leonid Kučma trug dank der östlichen und südlichen Gebiete, in denen die russischsprachige Bevölkerung dominiert, den Sieg davon (Diese Gebiete werden traditionell als "linksuferige Ukraine" bezeichnet, obwohl auch drei Gebiete am Schwarzen Meer dazugezählt werden, die rechts des Dnepr liegen). Anfang 1994 wurde in einem CIA-Bericht, der für viel Wirbel sorgte, sogar eine Spaltung der Ukraine für möglich gehalten, und in westlichen Massenmedien wurden Befürchtungen im Hinblick auf ein neues "Bosnien" laut, das allerdings viel größer und außerdem mit Atomwaffen und Atomkraftwerken bestückt war.

Allerdings gibt es in der Ukraine im Unterschied zu Bosnien keine drei strikt voneinander getrennten ethnisch-konfessionellen Gemeinschaften. Angesichts der sprachlichen Nähe der russischen und der ukrainischen Sprache ist schon die Einteilung in ukrainisch- und russischsprachige Ukrainer relativ, die Grenzen zwischen diesen Gruppen sind undeutlich und verschwommen. War früher ein Prozeß der Russifizierung zu beobachten, so ist seit 1989 ein Übergang zur ukrainischen Sprache festzustellen, deren Ansehen gewachsen ist. Dieser Prozeß scheint vielen Beobachtern, vor allem westlichen, entgangen zu sein. Er hing nicht nur mit einer "rationalen Wahl", sondern auch mit tiefenpsychologisch verankerten emotionalen Faktoren zusammen, einem erwachten Stolz auf das eigene Volk, seine Geschichte und Kultur. Auch ein beträchtlicher Teil des Staatsapparats wurde später von diesem Prozeß erfaßt.

Die Ukraine hat sich in dem schwierigsten Jahr ihrer Geschichte, im Jahr 1993, nicht gespalten, als die Inflation 10.000% erreichte (zum Vergleich: 1997 lag die Inflationsrate nach Angaben des Staatlichen Komitees für Statistik bei 10%, 1998 bei 20%).<sup>23</sup> Eine zu jenem kritischen Zeitpunkt (Anfang 1994) durchgeführte soziologische Untersuchung ergab, daß nur 1% der Respondenten in Lemberg und 5% in Donec'k, den beiden wichtigsten Städten im Westen und Osten des Landes, sich ein Ende des einheitlichen Staates Ukraine wünschten.<sup>24</sup>

Bei der Analyse der Situation im Osten des Landes ist zu bedenken, daß die führenden Köpfe der Bergarbeiterbewegung ungeachtet äußerster Unzufriedenheit mit der heutigen sozioökonomischen Lage durchaus einsehen, daß ihre Bewegung im Bestand Rußlands aufgrund der geringen Wettbewerbsfähigkeit der Kohlengruben im Donbass gegenüber denen im Kusbass keine Chancen hätte.<sup>25</sup> (Paradoxerweise hat die ausbleibende Unterstützung Kiews sowie die Einsicht, daß Rußland den Separatismus im Donbass ebenfalls nicht unterstützen würde, dazu geführt, daß sich die Bevölkerung im Osten, anstatt sich politisch aktiver zu betätigen, immer mehr auf sich selbst verläßt in Form von Nebenwirtschaften und Kleinunternehmertum.) Zweitens wurden im selben schwierigen Jahr 1994 in den drei größten Städten des Donbass –

---

<sup>23</sup> Kwartal'ni peredbačennja, VII.1999, S. 84.

<sup>24</sup> Yaroslav Hrytsak: Shifting Identities in Western and Eastern Ukraine, in: The East and Central Europe Program Bulletin, vol. 5, no. 3, 1995, S. 7.

<sup>25</sup> Ausführlicher dazu: Anatolij Rusnačenko: Probužennja. Robitnyčyj ruch v Ukraïni u 1989-1993. Kyïv 1995, 2 Bde. Band 2 enthält ausschließlich Dokumente.

Donec'k, Luhans'k und Mariupol' – nicht etwa Linke, sondern Zentristen zu Bürgermeistern gewählt, die sich für die Festigung der ukrainischen Staatlichkeit einsetzen.<sup>26</sup>

Starke "russischsprachige" Organisationen kommen aufgrund einer ganzen Reihe von Faktoren nicht zustande. Die Bevölkerung wird nicht aufgrund von sprachlich-ethnischen Merkmalen diskriminiert. Die russischsprachige Bevölkerung hat kein klar ausgeprägtes Selbstverständnis, es zerfließt vielmehr zwischen den Begriffen "Ukrainer", "Bürger der Ukraine" und "Russe". Die russischsprachigen Eliten sind in bedeutendem Maße "Technokraten", während für die Formierung einer starken ethnopolitischen Bewegung kulturstiftendes Agieren der lokalen Intelligenz notwendig wäre. Zwei Forscher aus Cambridge, Graham Smith und Andrew Wilson, kamen, nachdem sie das politische Mobilisationspotential der rußländischen "Diaspora" in der Ostukraine und im nordöstlichen Estland verglichen hatten, zu der folgenden Feststellung: Obwohl die ortsansässigen Parteien und Organisationen im Donbass – linke wie zentristische – stärker als im nordöstlichen Estland sind, "... in both localities an influential diasporic intelligentsia able and willing to promote identity formation and group action is lacking. Consequently, we cannot therefore presume that, even if economic conditions deteriorate further in both regions, this will necessarily trigger off an irredentist nationalism."<sup>27</sup> Und schließlich erweist sich in der ukrainischen Politik die Aufgabe als schwierig, Donec'k, Charkiv und Odesa gegen die "Nationalisten" zu vereinigen, da zwischen den einzelnen Führungspersönlichkeiten und regionalen Zentren Wettbewerb herrscht. Die russischsprachigen Politiker fühlen sich vom politischen Kampf in Kiev nicht ausgeschlossen und halten es für realistischer, um Positionen und Ressourcen dort anstatt in Moskau zu kämpfen.

Eine spezifische Region ist die Krim, die einzige Region der Ukraine, in der Russen die Mehrheit der Bevölkerung (fast 60%) von 2,2 Millionen Menschen stellen und die zugleich die Heimat der Krimtataren (etwas über 10%) ist.<sup>28</sup> Der Sieg der prorußländischen Kräfte auf der Krim (Block "Rußland") bei den Wahlen 1994 führte paradoxerweise zu deren Spaltung; die Führung des Blocks legte ein abenteuerliches und ambitiöses Verhalten an den Tag, was in der Konsequenz zu einer Einschränkung der Krim-Autonomie führte, unter anderem zur Abschaffung des Präsidentenamtes. Bei den Wahlen im Jahre 1998 traten die Kommunisten und die Partei "Union" (Sojuz) für die Integration mit Rußland ein. Die "Union" verlor die Wahl. Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) auf der Krim, Leonid Hrač, hingegen gilt als eine starke Persönlichkeit. Im Unterschied zum KPU-Vorsitzenden Petro Symonenko könnte er ein ernsthafter Anwärter der Kommunisten auf das

---

<sup>26</sup> Als Linke gelten im ukrainischen politischen Sprachgebrauch normalerweise vier Parteien, die links von der Sozialdemokratie stehen: die Kommunisten (KPU), die progressiven Sozialisten (PSPU), die Sozialisten (SPU) sowie die Bauernpartei (SelPU).

<sup>27</sup> Graham Smith/Andrew Wilson: Rethinking Russia's Post-Soviet Diaspora: The Potential for Political Mobilization in Eastern Ukraine and North-East Estonia, in: *Europe-Asia Studies*, vol. 49, no. 5, 1997, S. 861.

<sup>28</sup> Fedir Zastavnyj: *Geografija Ukraïny*. L'viv 1994, S. 413. Andrew Wilson: Politics in and around Crimea: A Difficult Homecoming, in: Edward Allworth (ed.): *The Tatars of Crimea. Return to the Homeland*. London 1998, S. 282. Diese Zahlenangaben sind annähernde Werte, denn die letzte Volkszählung fand 1989 statt und die Anzahl der zurückgekehrten Tataren läßt sich nur schwer schätzen.

Präsidentenamt sein (wenn nicht 1999, so doch bei den Wahlen 2004: Hrač hat bereits derartige Pläne bestätigt).<sup>29</sup> Infolgedessen wurde auf der Krim ein Kompromiß erzielt: Hrač wurde Vorsitzender des Krim-Parlaments – mit stillschweigender Duldung von Kučma, dem diese Variante mehr zusagte als Hrač als KPU-Vorsitzender –, während Serhij Kunicyn, Mitglied der präsidentenfreundlichen Volksdemokratischen Partei der Ukraine (NDPU), Premierminister wurde. Nach der Wahl Hračs wurden dessen Äußerungen zunehmend kompromißbereiter. Im Zusammenhang mit der endlich erfolgten Bestätigung der Krim-Verfassung im Herbst 1998 erklärte Hrač: "Mein Kredo war, die Krim in das konstitutionelle Umfeld der Ukraine zurückzuführen. Diese Aufgabe haben wir erfüllt"<sup>30</sup> (wenngleich viele Politiker in Kiev es vorgezogen hätten, wenn die Krim keine Verfassung, sondern lediglich ein Autonomiestatut erhalten hätte).

Eine ganze Reihe von Krimpolitikern, die mit den Machtstrukturen verbunden sind, sehen die Zukunft der Krim als Bestandteil der Ukraine und ließen sich bei den Parlamentswahlen 1998 auf Listen von gesamtukrainischen Parteien aufstellen. Insbesondere sei festgehalten, daß Mustafa Džemilev (Mustafa Cemiloglu), Führer der Krimtataren und früherer Dissident, auf Platz 9 der Ruch-Wahlliste gesetzt und in die Verchovna Rada gewählt wurde. Es versteht sich, daß die Ruch bei den Wahlen von den Krimtataren unterstützt wurde.

Am Beispiel der Krim, einer Region, in der es drei Gemeinschaften (Russen, Ukrainer und Krimtataren) sowie einige kleinere ethnische Gruppen gibt, die ebenso wie die Krimtataren 1944 deportiert wurden (Armenier, Deutsche, Bulgaren, Griechen, Krimtschaken und Karaimen), kann die Anwendung von Elementen der "Konsensdemokratie" untersucht werden, deren Mechanismus Arend Lijphart ausführlich beschrieben hat.<sup>31</sup> Ein Element war die für Tataren und kleinere ethnische Gruppen von 1994 bis 1998 im Obersten Sowjet der Krim geltende Quote, die später allerdings abgeschafft wurde. Die Krimtataren schlugen außerdem die Einrichtung einer zweiten Kammer des Obersten Sowjet der Krim vor, des Nationalitätenrats. Dieser Vorschlag muß sorgfältig geprüft werden. Kiev hat mehrfach sein Interesse an den Problemen der Krimtataren demonstriert. Für konkrete Schritte fehlte es allerdings entweder an Geld oder an politischer Entschlossenheit. Im übrigen trägt die Ukraine und nicht Rußland, trotz anderslautender früherer Versprechungen, die Hauptlast bei der Unterbringung und Versorgung der zurückkehrenden Tataren. Allerdings hat ein Teil der Krimtataren Probleme, die russische Staatsbürgerschaft abzulegen und die ukrainische Staatsbürgerschaft anzunehmen.<sup>32</sup>

Prorußländische, häufig auch linke Kräfte vertreten die Ansicht, daß die Krimtataren mit der Zeit dazu übergehen werden, nach einer Union mit der Türkei zu rufen, in der sich der islami-

---

<sup>29</sup> Segodnja (Kyiv), 16.9.1999.

<sup>30</sup> Tovaryš, Nr. 50, 1998.

<sup>31</sup> Arend Lijphart: Democracies: Patterns of Majoritarian and Consensual Government in Twenty One Countries. New Haven, Conn., 1984.

<sup>32</sup> Ausführlicher zum Problem der Rückkehr der Krimtataren: Edward Allworth (ed.): The Tatars of Crimea. Return to the Homeland. London 1998; Stability and Integration in the Autonomous Republic of Crimea: The Role of the International Community. Kyiv 1997; Crimean Tatars: Repatriation and Conflict Prevention. New York 1995.

sche Radikalismus verstärkt hat. Deswegen müßte man sich mit Rußland im Kampf gegen die "islamische Gefahr" verbünden. (Diese Stimmungen lassen sich auch bei Hrač feststellen.) Das mangelnde Verständnis Kiews für die Probleme der Krimtataren würde zu einer Schwächung der Position der Pragmatiker und einer Stärkung der Radikalen führen. Bislang bezogen die Krimtataren relativ gemäßigte Positionen. Hrač nannte die Krim als Beispiel, daß eine Entwicklung nach dem Bosnien- oder Kosovo-Szenario vermieden werden konnte, obwohl die Russen auf der Krim und die Krimtataren das Geschehen im Kosovo unterschiedlich werteten.<sup>33</sup>

Der Grund, warum die Krimtataren nicht für eine Rückkehr der Krim an Rußland eintreten, liegt nicht nur im gemeinsamen Kampf ukrainischer Dissidenten und der Führer der Krimtatarenbewegung gegen das totalitäre Regime in den siebziger/achtziger Jahren, sondern auch in der nüchternen, rationalen Überlegung, daß die Krim als Teil Rußlands nur eine Autonomie unter vielen wäre, während sie als Bestandteil der Ukraine mit der besonderen Aufmerksamkeit Kiews rechnen kann. Die Hilfe Kiews für die Krimtataren kann wiederum auch sein Ansehen im muslimischen Osten fördern, vor allem in der Türkei und in Aserbaidshan. Die Entwicklung der Beziehungen zu diesen Ländern hat eine wichtige strategische Bedeutung für die Politik Kiews, das nach alternativen, von Rußland unabhängigen Wegen der Energieversorgung sucht.

### *c) Der Faktor Konfession*

Ein Faktor, der sich auf das Wahlverhalten auswirken kann, ist der konfessionelle, obwohl er weniger wichtig ist als der regionale, weil die atheistische Propaganda in der Sowjetukraine ausgesprochen intensiv war. Die beiden Nationalkirchen, die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche und die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche, waren verboten und wirkten im Untergrund. In der Perestrojka-Zeit spitzten sich die Konflikte zwischen den verschiedenen Konfessionen deutlich zu und hingen mit der Restitution des Vermögens der beiden Kirchen zusammen, das an die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) übergegangen war. Auch der kommunistische Parteiapparat hatte seine Hand im Spiel, um diese Konflikte zu schüren und so die nationale Befreiungsbewegung zu schwächen. Außerdem begann in der Westukraine der Kampf der beiden Kirchen, die aus dem Untergrund kamen, um Einflußsphären.

Nach Erlangung der Unabhängigkeit kam es sowohl innerhalb der Russischen Orthodoxen Kirche als auch der Ukrainischen Autokephalen Kirche zu Spaltungen. Aus den abgesplitterten Teilen dieser Kirchen entstand die Ukrainische Orthodoxe Kirche – Kiever Patriarchat (KP), die von der Russischen Orthodoxen Kirche unabhängig ist. Jedoch ist die Ukrainische Orthodoxe Kirche (Moskauer Patriarchat, MP), der autonome Teil der Russischen Orthodoxen Kirche, in materieller Hinsicht immer noch die stärkste Kirche in der

---

<sup>33</sup> Nach Umfrageergebnissen, die von Karina Korostelina, Leiterin des Labors für ethnische Psychologie der Universität Simferopol', dem Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurden. Zu Versuchen, die Spannungen auf der Krim zu verschärfen, und zur Haltung verschiedener politischer Kräfte siehe auch: Lilija Budžarova: Krymskie strašilki, in: Stoličnye novosti, Nr. 13, 6.-13.4.1999.

Ukraine mit den meisten Gemeinden (s. Tab. 5), obwohl sie sich laut Umfrageergebnissen einer geringeren Unterstützung seitens der Gläubigen erfreut als die Ukrainische Orthodoxe Kirche (KP) (vgl. Tab. 6).<sup>34</sup> Die Haltung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (MP), die der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (KP) die Anerkennung verweigert, könnte zu einem zusätzlichen Druckmittel Rußlands gegenüber der Ukraine werden. So haben sich z.B. die ukrainischen Rechten strikt gegen eine Prozession der ROK im Herbst 1999 anlässlich der Zweitausendjahrfeier der Geburt Christi ausgesprochen, die neben Rußland und Belarus über das Territorium der Ukraine führen sollte, weil sie dies als Einmischung in den Wahlkampf werteten.

Tabelle 5: Anzahl religiöser Gemeinden in der Ukraine  
(Stand: 1. Januar 1998)

<i>Orthodoxe</i>	
Ukrainische Orthodoxe Kirche (Moskauer Patriarchat)	7.386
Ukrainische Orthodoxe Kirche (Kiever Patriarchat)	1.901
Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche	1.063
<i>Katholiken</i>	
Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche	3.151
Römisch-Katholische	732
<i>Protestanten</i>	ca. 4.700

Quelle: Abetka ukrains'koï polityki. Kyiv 1998, S. 224-226.

Eine Ende 1997 durchgeführte Umfrage des Kiever Zentrums für politische Studien und Konfliktologie zeigte, daß rund zwei Drittel der Befragten sich als gläubig bezeichnen, sich jedoch nur etwas mehr als die Hälfte einer bestimmten Kirche zurechnet. Die Angaben in Tabelle 6 zeigen, welchen Teil des politischen Spektrums die Anhänger dieser Kirchen hauptsächlich unterstützen. Dabei definierten die Organisatoren der Umfrage das Elektorat der Kommunisten, Sozialisten, der Bauernpartei SelPU und der progressiven Sozialisten (PSPU) als Linke und als Rechte diejenigen, die die Ruch, die Partei "Reformen und Ordnung" und weiter rechts stehende Parteien wählen.

Tabelle 6: Die wichtigsten ukrainischen Kirchen in der linken und rechten Wählerschaft  
(in %)

	Ukrainische Autokepha-	Ukrainische Griechisch-	Ukrainische Orthodoxe	Ukrainische Orthodoxe	Russische Orthodoxe	andere Konfessionen;	Insgesamt

<sup>34</sup> Der bekannte ukrainische Experte Viktor Elens'kij unterstreicht, daß dies mit einem "korrekten" ("natürlichen") konfessionellen Verhalten jener Bürger der Ukraine zusammenhängt, die sich als gläubig betrachten, aber de facto keiner Kirche verbunden fühlen. Ein anderer Forscher, Volodymyr Kulyk, kommentiert das so, daß sich für einen beträchtlichen Teil der Bürger die Loyalität gegenüber dem Staat mit der Zugehörigkeit zu der staatlichen/nationalen Kirche verbindet, "was für die Herausbildung einer 'institutionalisierten' Identität sogar über die Einflußgrenzen der Institutionen hinaus spricht, und zwar über deren symbolische Projektion" (Volodymyr Kulyk: *Ukrains'kyj nacionalizm u nezaležnij Ukraïni*. Kyiv 1999, S. 52f).



	le Orthodo- xe Kirche	Katholische Kirche	Kirche (KP)	Kirche (MP)	Kirche	Unent- schlossene	
Ukraine insgesamt	4,0	14,1	42,5	12,7	11,6	15,1	100
in der Wähler- schaft der Rechten	6,2	41,5	36,0	4,5	3,5	8,3	100
in der Wähler- schaft der Linken	1,0	3,6	50,3	17,2	17,5	10,4	100

Quelle: Političeskie nastroenija nakanune vyborov: Ukraina, dekabr' 1997, S. 55.

Da die Russische Orthodoxe Kirche in der Ukraine nicht selbständig agiert, sondern von der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat) vertreten wird, belegt ihre Nennung in den Antworten, daß die Gläubigen keinen Unterschied zwischen beiden machen. Da die Ukrainische Orthodoxe Kirche (MP) Teil der Russischen Orthodoxen Kirche ist, müssen demnach beide Ergebnisse summiert werden.

Aus Tabelle 6 ist erkennbar, daß die Anhänger der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche und der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche rechts stehen, d.h. die Orientierung auf den Westen unterstützen, die Anhänger der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (MP) vorwiegend links angesiedelt sind und folglich eher dazu neigen, die Rufe nach einer Annäherung an Rußland zu unterstützen. Die Klientel der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (KP), die die Rolle der gesamtationalen Kirche für sich beansprucht, obwohl sie weder de jure noch de facto diesen Status hat, ist im politischen Spektrum sowohl links als auch rechts angesiedelt.

Nach der von dem bekannten amerikanischen Politologen Samuel Huntington verkündeten Theorie vom "Clash of Civilizations" (Kampf der Kulturen) verläuft die Wasserscheide zwischen der orthodoxen Zivilisation und dem Westen (der katholischen und protestantischen Welt) durch die Ukraine. Das ukrainische Ethnos entstand tatsächlich an der Schnittstelle der Kulturen: des katholischen Westens, des orthodoxen Südens und Nordens sowie des türkisch-muslimischen Ostens. All diese Einflüsse verbanden sich in der ukrainischen Geschichte zu einer Synthese. So läßt sich auch der Ansatz des ukrainischen Nationalkommunisten der zwanziger Jahre, Mykola Chvyly'ovyj, als Synthese deuten, der zu einem "psychologischen Europa" und einer "asiatischen Renaissance" der früheren Kolonien und Halbkolonien unter der Führung der Ukraine aufrief.<sup>35</sup> Das schließt jedoch nicht aus, daß die Geschichte der Ukraine seit den Zeiten der Kiever Rus' und des Königreichs Polen-Litauen Teil der europäischen Geschichte ist. Analysiert man die Theorie Huntingtons in bezug auf die Ukraine, so muß betont werden, daß die ukrainische Geschichte und die gegenwärtige Situation sich nicht allein aus kulturhistorischen Faktoren erklären lassen. Vieles hängt auch von der politischen Kräftekonstellation ab. Das belegen die Veränderungen des Diskurses in der

<sup>35</sup> Siehe "Ukraina ili Malorossija?" und andere Beiträge in: Mykola Chvyly'ovyj: Tvory, Bd. V.2. Kyiv 1990, S. 390-621.

Kučma-Administration – von prorußländischen Erklärungen während des Wahlkampfs bis zur Konzeption der "Mehrgleisigkeit" (mnogovektornost') und zu Erklärungen über die Integration in die europäischen Strukturen.

## **Der innenpolitische Kampf und die Außenpolitik**

### ***a) Der Einfluß der Präsidentschaftswahlen 1994 und die außenpolitischen Einstellungen der Eliten***

Mit den Unterschieden in den außenpolitischen Einstellungen der Regionen lassen sich im wesentlichen die Veränderungen sowie die Kontinuität in der Politik Kiews erklären, zu denen es infolge des Wechsels der Administration nach den Präsidentschaftswahlen 1994 kam.

Am Vorabend und in den ersten Tagen nach dem Sieg Kučmas haben Nationaldemokraten und westliche Experten vor einer Abkehr der Ukraine "nach Eurasien" gewarnt, was angesichts der von Kučma verkündeten strategischen Partnerschaft mit Rußland wenig verwunderlich war. In seiner Rede bei der Amtseinführung behauptete Kučma sogar, daß "die nationale Idee nicht gegriffen" habe.<sup>36</sup> Die Rhetorik, die Rußland so gereizt hatte, wurde gedämpft.

Nichtsdestotrotz bekam Kučma die Probleme der Festigung der ukrainischen Staatlichkeit rasch besser in den Griff als Kravčuk: Die ukrainischen Schulden bei Rußland wurden umstrukturiert, die separatistischen Kräfte auf der Krim wurden geschwächt, der IMF gab Kredite, 1997 wurden ein Grundlagenvertrag mit Rußland und eine Charta über besondere Partnerschaft mit der NATO unterzeichnet. Die politische Linie Kučmas war also in vielen Parametern eine – allerdings effizientere – Fortsetzung der Linie von Kravčuk. Kiev, das zwischen Rußland und dem Westen die Balance zu halten versuchte, sich dabei aber vorsichtig in Richtung Westen bewegte, erklärte im Jahre 1996 die Integration in die europäischen und transatlantischen Strukturen, d.h. EU und NATO, zu seinem strategischen Ziel.

Eine Erklärung liegt darin, daß die meisten Mitarbeiter der Kučma-Administration als die "zweite Garde der Nomenklatura" bezeichnet werden können. Sie waren weniger ideologisiert als die "erste Garde" der Parteifunktionäre, pragmatischer, jung und energisch und angesichts ihrer Erfahrungen im "Stellungskampf" und mit den Realitäten der postsowjetischen Gesellschaft besser für die Umsetzung von Umgestaltungen geeignet als die Nationaldemokraten – Kučma band ebenso wie Kravčuk einige Nationaldemokraten in die Regierung ein, obwohl sie ebensowenig wie früher dominierten.

---

<sup>36</sup> Das Buch von Dmytro Tabačnyk und Dmytro Vydrin, den beiden Kučma am nächsten stehenden Beratern ("Ukraïna na porozi XXI stolittja", Kyïv 1995), das während des Wahlkampfs geschrieben wurde, war von antiwestlichen Stimmungen bestimmt. Fast die gesamte Auflage wurde allerdings eingezogen, denn zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Arbeit hatten Kučma ebenso wie Tabačnyk begonnen, in westlicher Richtung "abzudriften", und die Äußerungen des Buches hätten sie diskreditiert. Gleichzeitig wurde die Idee einer aktiven Politik Kiews in Richtung Transkaukasien und Mittelasien, die das Buch enthielt, in der Außenpolitik Kiews umgesetzt.

In vielen außenpolitischen Fragen, wie z.B. Integration in die GUS, Aufteilung der Schwarzmeerflotte, Konflikte in Bosnien und Kroatien, war die Kučma-Administration (wie zuvor die von Kravčuk) dem Einfluß entgegengesetzter Tendenzen in der öffentlichen Meinung ausgesetzt. Kučma, der sich von seinem Vorgänger, dessen Politik im Osten der Ukraine als "nationalistisch" galt, distanzierte, wiederholte den Entwicklungsweg Kravčuks, der zwar im Osten des Landes gesiegt hatte, später aber die Haltung der Westukraine zu berücksichtigen begann. Die Logik des Staatsaufbaus zwingt also die ukrainischen Präsidenten einerseits den Einfluß der Regionen auf die Außenpolitik auszubalancieren, andererseits Kurs auf die Integration in Europa zu halten.

Deutlich wurde auch, daß die Linken das Parlament nicht dominieren, obwohl sie eine ganze Reihe notwendiger Schritte blockieren können. In der Frage, die den Westen besonders bewegte – die atomare Abrüstung der Ukraine – bildete sich in der ukrainischen Elite und der öffentlichen Meinung ein Konsens heraus: die Bereitschaft, auf Atomwaffen zu verzichten, um im Gegenzug Hilfe und Sicherheitsgarantien für die Ukraine zu erhalten. In dieser Frage gab es, wie Meinungsumfragen bestätigten, zwischen den Regionen keine nennenswerten Differenzen. Diese Position wurde am meisten von Personen mit Hochschulbildung unterstützt.<sup>37</sup> Dieselbe Haltung hatte auch Kučma als Premierminister eingenommen. Die Ratifizierung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen durch das ukrainische Parlament, der kompromißbereite Diskurs Kučmas in bezug auf Rußland, die von ihm angekündigten Reformen (die später allerdings größtenteils nicht realisiert wurden) und – das wichtigste – die zunehmend antiwestlichen Tendenzen in der Politik Rußlands sorgten für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Kiev und dem Westen. Eine Folge des rußländischen Abenteuers in Tschetschenien war, daß der ukrainischen Gesellschaft die nichtdemokratischen Tendenzen in der Innen- und Außenpolitik Rußlands deutlicher bewußt wurden. Diese Ereignisse hatten starken Einfluß auf den durchschnittlichen ukrainischen Bürger, darunter auch in den östlichen Regionen, weil dadurch das Verständnis für die selbständige Position Kievs gestärkt wurde.<sup>38</sup>

Die politische Linie Kučmas gegenüber Rußlands bestand in ständigem Manövrieren. Es ist bezeichnend, daß die ukrainische Diplomatie in der letzten Zeit betont, daß die Ukraine, obwohl sie eines der Gründungsmitglieder der GUS ist, formal kein Mitglied dieser Organisation sei, weil sie das GUS-Statut nicht unterschrieben habe. Andererseits leitete auf Beschluß der Staatsefs der GUS-Länder Valerij Pustovojtenko, der Premierminister der Ukraine, 1999 den Koordinierungsrat der Regierungschefs der GUS-Länder. Für Rußland war dies die Bestätigung, daß sich Kiev an der Arbeit der Organisation beteiligt. Für Kučma war diese Entscheidung im Hinblick auf den Wahlkampf wichtig, weil sie die Wähler im Osten des Landes für ihn einnehmen sollte.

---

<sup>37</sup> Polityčnyj portret Ukraïny, Nr. 5, Dezember 1993, S. 10-12.

<sup>38</sup> Zum Einfluß des tschetschenischen Krieges auf die Haltung der Ukraine siehe: Taras Kuzio: Ukraine under Kuchma. London 1997, S. 206-209.

Die Evolution Kučmas in der Außenpolitik zeigt, daß die ukrainische Elite prowestlicher eingestellt ist als die Wählerschaft. Monitorings in den Jahren 1997-1998 förderten unter außenpolitischen Experten<sup>39</sup> zwei grundsätzliche Einstellungen zutage. Durchschnittlich machten die Anhänger eines NATO-Beitritts die Hälfte der Experten aus. Die Zahl der Anhänger eines "neutralen und/oder blockfreien Status der Ukraine" glich sich Anfang 1998 der Summe derjenigen mit einer Orientierung auf die NATO an (Anfang 1997: 30%), fiel aber Ende 1998 erneut auf 26%. Die Variante "Beitritt der Ukraine zum militärischen Bündnis der GUS" wurde für wenig wahrscheinlich gehalten (0-5%).<sup>40</sup>

Viele Experten vertraten die Ansicht, die Ukraine sei in einigen Fragen gezwungen, "im Fahrwasser anderer Länder oder Vereinigungen zu segeln, sogar wenn dies ihren nationalen Interessen widerspricht". Die meisten Spezialisten (40% gegen 30%) bewerteten die Weigerung der Ukraine, Turbinen in den Iran zu liefern, negativ, um dafür die Zustimmung der USA zur Mitwirkung an den Programmen "Global Star" und "Sea Launch" zu erhalten.<sup>41</sup>

Dennoch ist es bezeichnend, daß seit dem Sommer 1998 niemand von den Experten die Zusammenarbeit der Ukraine mit der NATO für nicht notwendig hielt. Als vorrangige Richtungen der Zusammenarbeit wurden vor allem "die Schaffung von Bedingungen für einen künftigen NATO-Beitritt der Ukraine" sowie "zusätzliche Sicherheitsgarantien für die Ukraine" und "direkte Hilfe bei der Verwirklichung der Militärreform" genannt. Dabei wurde der tatsächliche Integrationsprozeß der Ukraine sowohl im Hinblick auf die westlichen Strukturen als auch auf Ostmitteleuropa als "langsam" beurteilt, die Einschätzung der Integration in die GUS-Strukturen schwankte zwischen "gleich Null" und "langsam".<sup>42</sup>

Was die Einstellung ukrainischer Militärangehöriger betrifft, so zeigen Umfragen des Nationalen Instituts für strategische Studien, daß noch vor zwei bis drei Jahren viele Staboffiziere auf Rußland orientiert waren und gern dort ihren Dienst tun wollten, während diese Tendenz jetzt fast gar nicht mehr vorhanden ist. Vor drei Jahren war über die Hälfte der Militärangehörigen für ein militärisches Bündnis der "drei ostslawischen Länder", 1997 sank ihr Anteil auf 20%, 1998 auf 6%, während sich 1998 bereits 27% für einen NATO-Beitritt aussprachen. Einer der Gründe war die aktive Beteiligung der Ukraine an dem Programm

---

<sup>39</sup> An den vierteljährlich vom "Zentrum für Frieden, Konversion und Außenpolitik der Ukraine" durchgeführten Umfragen nehmen 40 Experten teil, die vier Gruppen repräsentieren: a) Mitarbeiter des Außenministeriums und von Forschungsinstituten, b) Abgeordnete der Verchovna Rada, vor allem Mitglieder des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Ausschusses für nationale Sicherheit, die das gesamte politische Spektrum vertreten (Linke, Zentristen und Rechte); c) Militärangehörige zumindest im Rang eines Oberstleutnants, darunter Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums, Dozenten und Spezialisten an Militärschulen und Forschungseinrichtungen; d) führende Journalisten, die die öffentliche Meinungsbildung beeinflussen. Es liegt auf der Hand, daß die Ergebnisse dieser Umfragen nur sehr annähernd sind. Erstens ist es schwierig, vierteljährlich die erfolgten Veränderungen zu bewerten, zweitens wird der Einfluß der linken und zentristischen Abgeordneten unzureichend berücksichtigt. Trotz allem können diese Umfragen als Anhaltspunkte bei der Einschätzung der Meinung der außenpolitischen "community" in der Ukraine dienen.

<sup>40</sup> Zovnišnja polityka Ukraïny ta polityka u haluzi bezpeky: 1998/1999. Kyïv 1999, S. 9, IV.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 18, XX, XXIV.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 10, 17, XLIX, L-LII.

"Partnership for Peace". Auf dieses Programm allein kann man jedoch nicht bauen, denn die Finanzierung von Armee und Militärhochschulen ist unzureichend, der Rüstungssektor als Ganzes existiert nicht mehr, sondern setzt sich aus der Summe der Bemühungen einzelner Firmen zusammen, die sich ein Überleben sichern wollen. Aus diesem Grunde könnte die Durchführung einer effizienten Militärreform und die Suche nach Partnern für den ukrainischen Rüstungssektor eine der wichtigsten Aufgaben der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und dem Westen werden.<sup>43</sup>

Die obigen Angaben belegen, daß die Außenpolitik einer der wenigen Bereiche ist, in denen die ukrainische Elite in ihren Anschauungen der öffentlichen Meinung nicht hinterherhinkt, sondern bei der Herausbildung neuer Ansätze hilft. Jevhen Holovacha und Natalja Panina halten fest, daß dies im wesentlichen darauf zurückzuführen sei, daß "im ukrainischen politischen Bewußtsein der Eliten die Unabhängigkeit zunehmend den Status eines dominierenden Werts erhält, denn sie hat in aller kürzester Zeit eine wenig einflußreiche, provinzielle Elite in eine den Eliten großer europäischer Staaten gleichgestellte Elite verwandelt".<sup>44</sup>

Allerdings gibt es auch negative Momente. Erstens ist nach Ansicht einiger Experten die Schere zwischen den Anschauungen der Eliten und denen der Masse der Bevölkerung in der Ukraine größer als in anderen Ländern. Besonders schlimm ist, daß die Einstellung gegenüber den Eliten relativ feindselig ist.<sup>45</sup> Zweitens gibt es im ukrainischen Establishment einflußreiche Gruppen, die sich gegen die Zusammenarbeit mit der NATO wenden. Während des Besuchs des NATO-Generalsekretärs, Javier Solana, in Kiev im Mai 1997 zur Eröffnung des NATO-Informationszentrums bildeten 187 Abgeordnete, darunter nicht nur Linke, sondern auch Zentristen, die Abgeordnetengruppe "Ukraine außerhalb der NATO". Die Schere zwischen den Ansichten der Elite und der öffentlichen Meinung könnten sich "Antiwestler" zunutze machen, insbesondere im Wahlkampf. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Machthaber nun permanent nach "links" blicken müssen, sie müssen im Gegenteil die Bevölkerung viel umfassender über die neue Sicherheitsarchitektur in Europa informieren.

Ein lehrreiches Beispiel für die Ukraine ist Rumänien. Bis 1997 hatte Rumänien ein relativ schlechtes Image im Westen wegen der Territorialansprüche gegenüber Nachbarn und der Probleme mit der ungarischen Minderheit. Dann aber wurden diese Probleme gelöst, eine rechtszentristische Opposition kam an die Macht und die Wirtschaftsreform wurde, wenn auch sehr inkonsequent, in Angriff genommen. Die Folge davon war, daß Rumänien schon 1997 in einigen Ländern, vor allem in Frankreich, Fürsprecher für seine Integration in EU und NATO fand. Eine mögliche Schlußfolgerung für die Ukraine heißt: Eine Rückkehr nach Europa ist möglich, wenn Entschlossenheit und Reformwillen vorliegen.

---

<sup>43</sup> Ebenda, S. 34f.

<sup>44</sup> Holovacha/Panina, S. 33.

<sup>45</sup> Dies ist z.B. der Standpunkt von Mykola Šul'ha, stellvertretender Direktor des Instituts für Soziologie der NAN der Ukraine (Polityčnyj portret Ukraïny, Nr. 18, 1997, S. 82).

**b) Die Parlamentswahlen 1998 und die Einstellungen des Elektorats nach Parteien**

Zur Klassifizierung der ukrainischen Parteien müssen sowohl ihre nationalen als auch sozioökonomischen Positionen berücksichtigt werden. Dabei fällt die Nähe der nationalen Orientierungen bestimmter Parteien nicht immer mit der Nähe ihrer sozioökonomischen Einstellungen zusammen.

Die linken Parteien (KPU, SPU, SelPU und PSPU) treten für die Wiederherstellung einer "Union der souveränen Mächte" statt der GUS ein. Dabei strebt im Parlament nur die Gruppe um den Kommunisten Volodymyr Moiseenko (25-30 der 123 KPU-Abgeordneten) die Wiederherstellung der UdSSR an; die anderen Linken tendieren eher zu einem Bündnis der ostslawischen Staaten, obwohl ihnen klar ist, daß dieses Vorhaben unrealistisch ist, da weder in Rußland noch in der Ukraine die Linken an der Macht sind.

Für die Integration in Europa, darunter auch in die NATO, setzen sich konsequent die Ruch und die Partei "Reformen und Ordnung" (PRP) ein. Ihnen schließen sich die wichtigsten Parteien des Blocks "Nationale Front", der KUN und die URP, an.

Die Integration in Europa und gleichzeitig die Entwicklung von beidseitig vorteilhaften Beziehungen innerhalb der GUS streben die NDPU, die SDPU (o) und "Hromada" an. Die Agrarpartei und die "Grünen", beide zentristisch, sind für einen neutralen Status der Ukraine.<sup>46</sup>

Die Parlamentswahlen 1998 haben gezeigt, daß wenngleich die rechtsuferige Ukraine nach wie vor der Stützpunkt der rechten Parteien und die linksuferige Ukraine der Linken ist (in der rechtsuferigen Ukraine leben rund 45% der Bevölkerung, in der linksuferigen 55%), diese Unterschiede durch das 1998 eingeführte gemischte Wahlsystem (die Hälfte der Abgeordnetenmandate wird jetzt über Parteilisten besetzt) etwas nivelliert werden (s. Tab. 7). Aufschlußreich ist in dieser Hinsicht die gleichmäßige Unterstützung für den linkszentristischen Block, bestehend aus der Sozialistischen Partei und der Bauernpartei (SPU-SelPU-Block), und die rechtszentristische NDPU (zum Zeitpunkt der Wahlen; 1999 sind die Reformanhänger aus der Partei ausgetreten).

---

<sup>46</sup> Polityčni partiï Ukraïny: Dovidnyk. Kyïv 1998.

Tabelle 7: Prozent der für Parteilisten in der rechtsuferigen und linksuferigen Ukraine abgegebenen Stimmen<sup>47</sup>

	Prozent der Ja-Stimmen nach Parteilisten	nach Parteilisten gewonnene Sitze in der Verchovna Rada	Prozent der in der rechtsuferigen Ukraine gewonnenen Stimmen (von der Gesamtzahl der Stimmen für die Parteiliste)	Prozent der in der linksuferigen Ukraine gewonnenen Stimmen (von der Gesamtzahl der Stimmen für die Parteiliste)
Block "Nationale Front"	2,7	-	92,1	7,9
Ruch	9,4	32	75,7	24,3
SDPU(o)	4,01	14	64,3	35,7
PRP	3,1	-	61,1	38,9
APU	3,7	-	58,3	41,7
SPU-SeIPU-Block	8,6	29	55,8	44,2
NDPU	5,0	17	51,8	48,2
Partei der Grünen	5,4	19	43,5	56,5
PSPU	4,05	14	28,4	71,6
KPU	24,7	84	26,7	73,3
Hromada	4,7	16	19,8	80,2

*Quelle:* Vybory-98: Jak holosuvala Ukraïna. Kyïv 1998; Vybory-98: Hromads'ka dumka ta perspektyvy polityčnoho rozvytku Ukraïny, in: Polityčnyj portret Ukraïny, Nr. 21, 1998, S. 40.

Die 80%, die "Hromada" in der linksuferigen Ukraine erhielt, sind damit zu erklären, daß die Partei ihren Hauptstützpunkt im Gebiet Dnipropetrovs'k hatte. Die SDPU(o) konnte die Vierprozenthürde vor allem dank der Stimmen überwinden, die sie im Gebiet Zakarpattja bekam.

Mit den Angaben in Tabelle 8 kann die Unterstützung für Parteien eingeschätzt werden, ausgehend von polar entgegengesetzten Standpunkten in bezug auf die "rußländische Ausrichtung".

<sup>47</sup> Aufgeführt sind die Parteien und Wahlblöcke, die die Vierprozenthürde genommen haben, sowie Parteien, die in Direktwahlbezirken mindestens drei Mandate geholt haben (Agrarpartei 8, "Nationale Front" 5, Partei "Reformen und Ordnung" 3).

Tabelle 8: Einstellung zu Rußland und zur russischen Sprache bei den Anhängern verschiedener Parteien<sup>48</sup>

Frage A: Wie sollen sich die Beziehungen zu Rußland entwickeln: a1) wie zu anderen Staaten; a2) Ukraine und Rußland sollen sich vereinigen.

Frage B: Status der russischen Sprache: b1) aus dem offiziellen Sprachgebrauch ausschließen; b2) zur offiziellen Sprache erklären.

	a1	a2	b1	b2
"Nationale Front"	57	2	60	3
Ruch	45	6	41	17
PRP	10	8	18	34
NDPU	16	13	18	36
SDPU(o)	12	21	10	49
Hromada	15	20	13	49
APU	9	30	9	39
Partei der Grünen	7	25	2	50
SPU-SelPU-Block	6	45	4	55
PSPU	5	43	2	51
KPU	2	65	2	67

Quelle: Političeskie nastroenija nakanune vyborov: Ukraina, dekabr' 1997, S. 53.

Was die Gefahr für die Unabhängigkeit der Ukraine betrifft, so ist sie im Meinungsspektrum zwischen zwei Polen angesiedelt. Einerseits sieht ein Teil der Nationalisten sie vor allem in der Politik Rußlands und in den prorußländisch eingestellten separatistischen Kräften (hauptsächlich auf der Krim). In diesem Fall werden die russischsprachigen Ukrainer der "Kleinmütigkeit" und des "Kleinrussentums" (malorossijstvo) oder im Eifer der pseudorevolutionären Polemik sogar des "Janitscharentums" bezichtigt. Bezieht man diese Position, ist das Rezept einfach: eine offensive Taktik mit antirussischen Losungen und eine schnelle Ukrainisierung. Auf der anderen Seite wird der Aufbau eines ukrainischen Staates wie schon früher als "Ränkespiel galizischer Separatisten" und Folge "westlicher Intrigen" betrachtet. In diesem Fall bietet sich eine enge Integration mit Rußland (oder sogar eine Vereinigung zu einem Unionsstaat), die Föderalisierung und der Status des Russischen als "offizielle" oder sogar zweite Staatssprache als Ausweg an. Jedoch wurden sowohl eine Föderalisierung als auch ein offizieller Status für das Russische bei der Verabschiedung der neuen Verfassung am 28. Juni 1996 abgelehnt. Insbesondere kann die Föderalisierung, als Modell einer demokratischen und multikulturellen Gesellschaft zwar attraktiv, in der Übergangsetappe zentrifugale Kräfte stimulieren. Ausschlaggebend für die Annahme der Verfassung war, daß die Zentristen und ein Teil der Linken (Sozialisten mit dem damaligen Parlamentsvorsitzenden Oleksandr Moroz an der Spitze und sogar ein Teil der Kommunisten,

<sup>48</sup> Angaben für Parteien und Wahlblöcke, die die Vierprozenthürde genommen haben, sowie für diejenigen, die mindestens drei Direktmandate gewonnen haben.



der später von der KPU-Führung der Verletzung der Parteidisziplin bezichtigt wurde) mit den Rechten und Nationaldemokraten stimmten.

Um den Linken die Stimmen der russischsprachigen Wähler abzujagen, wurde kurz vor den Parlamentswahlen 1998 die rechtszentristische "Sozial-liberale Vereinigung" gegründet (SLOn – ein Wortspiel, da diese Abkürzung im Russischen wie im Ukrainischen "Elefant" bedeutet). Ihre Führung erhob den Anspruch, die Interessen der liberalen russischsprachigen Intelligenz zum Ausdruck zu bringen und die Rolle der sogenannten dritten Kraft in der ukrainischen Politik (zwischen Linken und Nationaldemokraten) zu spielen. Sie erklärte, auf Reformen, auf die Mittelklasse, die Intellektuellen und "Volkskapitalismus" (im Unterschied zum "Nomenklaturkapitalismus") orientiert zu sein, dabei aber dem Russischen den Status einer "offiziellen" Sprache (wenn auch nicht der zweiten Staatssprache) und den Beziehungen zu Rußland und den GUS-Ländern Priorität einräumen zu wollen.

Allerdings hatten die Beziehungen zu Rußland und der Status der russischen Sprache bei den Wahlen 1998 nicht mehr denselben Stellenwert wie 1994. Parteien, die für "panlawische Lösungen" eintraten ("SLOn", "Union", "Partei der regionalen Wiedergeburt der Ukraine") scheiterten an der Vierprozenthürde. Die Stimmen, mit denen sie gerechnet hatten, bekamen die Kommunisten. Es stellte sich heraus, daß diese Losungen für Wähler nur dann attraktiv waren, wenn sie an soziale Fragen und eine linksradikale "Protestrhetorik" gekoppelt wurden.

Insgesamt haben die Wahlen 1998, trotz gewisser Fortschritte bei der Strukturierung des Parlaments aufgrund des gemischten Wahlsystems, nicht zu einer stabilen Regierungsmehrheit geführt. Regelmäßig kommen nur sogenannte "situationsabhängige Mehrheiten" zustande. Permanent findet eine Umgruppierung der Kräfte statt, werden neue Fraktionen gebildet – unter unmittelbarer Beteiligung der Präsidialstrukturen, die zur Spaltung solcher Fraktionen beitragen, die bei den Präsidentschaftswahlen Kučmas Konkurrenten unterstützen könnten. Die Instabilität der Fraktionen hängt auch damit zusammen, daß 138 von 450 Abgeordneten "unabhängig" sind und zwischen den Fraktionen pendeln.

### ***c) Die Präsidentschaftswahlen 1999***

In einer gesamtukrainischen Umfrage, die Socis Gallup im März 1999 durchführte, erklärten 68% der Respondenten, daß die außenpolitische Einstellung eines Präsidentschaftskandidaten ihr Abstimmungsverhalten beeinflussen würde. Auf die Frage, ob es sich positiv auswirkt, wenn dieser

"für ein enges wirtschaftliches und politisches Bündnis mit Rußland eintritt", antworteten 73% mit Ja.;

"für eine ausbalancierte Entwicklung der Beziehungen der Ukraine sowohl zum Westen als auch zu Rußland eintritt", antworteten 82% mit Ja;

"eine allseitige wirtschaftliche Integration der Ukraine mit dem Westen unterstützt", antworteten 55% mit Ja.<sup>49</sup>

Dies belegt die Ambivalenz im Bewußtsein der Massen und das Fehlen eindeutiger außenpolitischer Einstellungen der Bevölkerung. In diesem Sinne entspricht die "mehrgleisige" (mnogovektornaja) Politik der Führung des Landes dieser Ambivalenz. Die Linken hingegen können sich weiterhin der symbolischen und kaum umsetzbaren "prosowjetischen" und "panslawischen" Rhetorik bedienen.

Angesichts von 55% Wähler im Osten des Landes, erklärten die meisten Präsidentschaftskandidaten, mit Blick auf diese Wähler in der linksuferigen Ukraine, die Notwendigkeit enger, partnerschaftlicher Beziehungen zu Rußland (s. Tab. 9). Es liegt auf der Hand, daß dies ein normales Phänomen ist. Ein negatives Moment ist der Einsatz rußländischer Igemaker-Teams seitens der Präsidentschaftskandidaten (vor allem Kučmas) wie schon bei den Parlamentswahlen 1998. Dies gibt russischen Strukturen die Möglichkeit, kolossale Informationen über die ukrainische Gesellschaft, ihre Eliten und die Mannschaften der Präsidentschaftskandidaten zu sammeln, um sie später als Druckmittel gegen Kiev zu verwenden. Gleichzeitig ist es bezeichnend, daß es im Wahlkampf 1998-1999 praktisch keine Spannungen wegen der Krim, der Schwarzmeerflotte und Sevastopol' gab. Dies ist ohne Zweifel ein positives Moment in den Beziehungen Rußland – Ukraine.

Nach dem Finanzkrach in Rußland im August 1998 waren die Mittel, den Verlauf des Präsidentschaftswahlkampfes in der Ukraine zu beeinflussen, im Vergleich zu 1994 begrenzt. Außerdem gab es, obwohl Jelzin seine Unterstützung für Kučma erklärt hatte, keinen Kandidaten, auf den Rußland eindeutig setzen konnte. 1994 hatte Moskau auf Kučma gesetzt, wurde aber enttäuscht.

Der Westen befand sich ebenfalls in einer schwierigen Lage. Die westlichen Experten pflegen normalerweise zu betonen, daß erstens nicht der ukrainische Präsident, sondern das Parlament für die fehlenden Fortschritte in der Wirtschaft verantwortlich sei und daß zweitens die Gewährung von Hilfe direkt von Kievs konkreten Schritten in Richtung Reformierung der Wirtschaft abhängig ist. Angesichts der Korruption und des Wahlkampfes in der Ukraine hätte diese Haltung zu einem wichtigen Faktor werden können, der zur Reform der Wirtschaft und zur Erfüllung von Kučmas Versprechungen hinsichtlich der Korruptionsbekämpfung im Wahlkampf 1994 hätte beigetragen können. Als 1997 im Westen, unter anderem im amerikanischen Kongreß, eine Kampagne begann, um die amerikanische Hilfe für die Ukraine zu reduzieren oder sogar einzustellen, berief Kučma einen Konsultationsrat aus den einflußreichsten ausländischen Investoren ein und verabschiedete ein Korruptionsbekämpfungsprogramm, das jedoch auf dem Papier blieb.<sup>50</sup> Die Reform der ukrainischen Wirtschaft, in der einige dem Präsidenten nahestehende "Oligarchen" dominieren, blieb stecken. Undemokratische Tendenzen in der Innenpolitik Kučmas haben

---

<sup>49</sup> Centr mir, konversii i vnešnej politiki Ukrainy. Tematičeskij doklad "Obščestvennoe mnenie v Ukraine: mart 1999" (ukr.).

<sup>50</sup> Siehe Aleksej Garan': Zapad ešče ne gotov vybrat' Prezidenta Ukrainy, in: Den', 13.5.1997.

sich ebenfalls verstärkt. Zugleich gab es in der Ukraine keinen Reformier, der als Kandidat reale Chancen gehabt hätte. (Man weiß, daß Viktor Juščenko, der Chef der ukrainischen Nationalbank, sowohl die Sympathien der ukrainischen Reformier als auch des Westens genießt. Er zog es allerdings vor, in seinem Amt zu bleiben.) Die wichtigste Kraft der Rechten, Ruch, hatte sich Anfang 1999 gespalten, und beide Teile nominierten eigene – chancenlose – Kandidaten (Kostenko und Udovenko). Aus Furcht vor den Linken (Moroz, Tkačenko, Symonenko und der ultraradikalen Populistin Vitrenko von der PSPU) hielt der Westen letzten Endes Kučma für das "kleinere Übel".

Tabelle 9: Außenpolitische Losungen in den Programmen der wichtigsten Präsidentschaftskandidaten

Vitrenko (PSPU)	Rußland und Belarus als strategische Partner; ein System kollektiver Sicherheit mit Rußland, der Ukraine und Belarus; Abschaffung des atomwaffenfreien Status der Ukraine
Symonenko (KPU)	ein "Bündnis souveräner Staaten"; Rußland und Belarus als strategische Partner; Schaffung eines "einheitlichen Wirtschaftsraums"; "blockfreier" Status der Ukraine
Tkačenko (SelPU)	"die Erfahrungen ausländischer Demokratien und Märkte werden durch die ukrainische Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe und Kollektivismus ergänzt"; "das Inflationsniveau wird in Kiev und nicht in Washington und beim IMF festgelegt"
Moroz (SPU)	"die Beziehungen zu Rußland, Belarus und anderen Nachbarn werden brüderlich, gleichberechtigt und beidseitig vorteilhaft sein"; für die "Schaffung eines wirksamen Mechanismus für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in der Welt"
Kučma	"stabile Partnerschaft mit allen demokratischen Ländern der Welt"; Blockfreiheit, Beteiligung an der Schaffung eines effizienten europäischen Sicherheitssystems, Harmonisierung der nationalen Gesetzgebung entsprechend den internationalen und europäischen Standards; "strategische Partnerschaft mit Rußland und anderen Staaten"; Umsetzung der Vorteile der geographischen Lage der Ukraine
Marčuk	"es wird eine Atmosphäre des Vertrauens und der strategischen Partnerschaft mit Rußland geschaffen"; "eine konstruktive Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern wird entwickelt"; innerhalb kürzester Zeit wird die Ukraine zum Verkehrskorridor zwischen Europa und Asien
Udovenko (Ruch-U)	Integration in die europäischen und transatlantischen Strukturen; europäische regionale Zusammenarbeit
Kostenko (Ruch-K)	Integration in die europäischen und euroatlantischen Strukturen, einschließlich der EU und der NATO; gleichberechtigte und beidseitig vorteilhafte Beziehungen zu Rußland

Quelle: Holos Ukraïny, 18.8., 19.8., 26.8., 31.8., 1.9., 8.9., 23.9.1999; Robitnyča hazeta, 3.9.1999; Oleksandr Tkačenko: Pro koncepciju Nacional'noi prohramy vidrožennja Ukraïny ta zahody ščodo orhanizacii її zdijnsnennja. Kyïv 1999, S. 25.

Symonenko wie Vitrenko hatten zwar Chancen, in die Stichwahl zu kommen, aber nicht zu gewinnen, denn es wiederholte sich das rußländische Szenario der Bekämpfung der "roten Gefahr" – genau diese Variante sagte der Kučma-Mannschaft am meisten zu. Der gefährlichste Rivale Kučmas war zunächst der Vorsitzende der Sozialisten, Oleksandr Moroz. Aus diesem Grunde hatte Kučma alles daran gesetzt, dessen Wiederwahl als Parlamentsvorsitzender zu verhindern. Moroz tendiert zur Mitte (in Richtung Sozialdemokratie) und ist zweifellos ein "Etatist" (deržavnik). Bekannt ist seine Ausspruch: "Wer die vergangene UdSSR nicht beklagt, hat kein Herz, und wer über die Wiederherstellung der UdSSR nachdenkt, hat keinen Verstand."<sup>51</sup> Es ist nicht ausgeschlossen, daß er sich in dieser Richtung weiterentwickelt. In den Dokumenten der SPU, die insgesamt viel orthodoxer ist als ihr Vorsitzender, wird für die Notwendigkeit eines offiziellen Status für das Russische<sup>52</sup> und die Festigung der GUS plädiert. Einer der führenden Köpfe der SPU, der Sozialist Serhij Kijaško, steht im Parlament an der Spitze der Abgeordnetengruppe "Für eine Gemeinschaft der souveränen slawischen Mächte" und behauptet: "Wenn die Ukraine einen Präsidenten wie Lukašenko hätte, der seine Verpflichtungen gegenüber dem Volk einhält, und nicht einen, der dem IMF und Amerika dient, dann würde sich die Frage nach der Abschaffung des Präsidentenamtes nicht stellen."<sup>53</sup>

Die mehr oder weniger westliche Orientierung von Jevhen Marčuk hinderte ihn nicht am Versuch, ebenfalls die "östliche Karte" auszuspielen: In seinen ersten programmatischen Äußerungen in der Presse nach seinem erzwungenen Rücktritt als Premierminister plädierte er für eine konstruktivere Linie gegenüber Rußland. Als Marčuk allerdings klar wurde, daß die SDPU(o), auf deren Parteiliste er als Nummer zwei stand, nicht ihn, sondern Kučma unterstützen würde, beschloß er, die freie Nische "rechts vom Zentrum" zu beziehen. Infolgedessen wurde der ehemalige Sicherheitsdienstchef neben der von ihm gegründeten "Sozialdemokratischen Union" von einigen kleineren, national gesinnten Parteien unterstützt, die rechts von der Ruch stehen, wie dem KUN und der URP. Eine offizielle "Vertrauensperson" des Kandidaten Marčuk ist der legendäre Levko Luk'janenko, der 1961 zum Tode verurteilt wurde und 27 Jahre in sowjetischen Lagern verbrachte. Ungeachtet der Unterstützung seitens der Nationalisten erklärte Marčuk zur Haltung des offiziellen Kiev in der Kosovo-Frage: "Wir müssen den Westen zwingen, unsere nationalen Interessen zu achten." Damit begründete er seine sensationelle Erklärung, die Ukraine müsse im Falle eines Bodenkriegs Waffen für Jugoslawien aus Rußland über sein Territorium passieren lassen.<sup>54</sup> Da aber Rußland kaum dazu bereit war, Jugoslawien militärische Hilfe dieser Art zu leisten, war diese Erklärung Marčuks offenbar als Geste zu deuten, mit der um Sympathien der rußländischen Machtstrukturen und des Elektorats im Osten der Ukraine geworben wurde.

---

<sup>51</sup> Tovaryš, Nr. 25, 1997.

<sup>52</sup> Die ukrainischen Kommunisten hingegen treten dafür ein, der russischen Sprache den Status einer zweiten Staatssprache zu gewähren. Nach der Interpretation der Sozialisten besteht der Hauptunterschied darin, daß im außenpolitischen Bereich nur die Staatssprache, d.h. das Ukrainische, benutzt würde (Tovaryš, Nr. 50, 1998).

<sup>53</sup> Den', 21.5.1998.

<sup>54</sup> Den', 15.4., 20.4.1999.

Angesichts dieser paradoxen Verbindung von anscheinend Unvereinbarem und der Verschwommenheit der Plattform Marčuks in vielen Fragen der Innen- und Außenpolitik ist es schwierig, seine Ansichten zu erfassen. Zweifellos ist er aber ein Pragmatiker und Anhänger der ukrainischen Staatlichkeit.

Im Vergleich zu den Präsidentschaftswahlen 1994 waren die Beziehungen zu Rußland als Wahlkampfthema in den Hintergrund getreten. Eine Ausnahme war die Haltung des neuen Vorsitzenden der Verchovna Rada und stellvertretenden Vorsitzenden der SelPU (faktisch ihres Vorsitzenden), Oleksandr Tkačenko, der die Interessen der "Kolchos-Lobby" mit denen der Nomenklatura-Geschäftswelt verbindet. Er wurde mit geheimer Unterstützung der Präsidentschaftsstrukturen zum Vorsitzenden der Verchovna Rada gewählt, die einerseits Moroz und andererseits eine rechtszentristische Mehrheit sowie eine klare Parteienstruktur im Parlament fürchteten, das dann schwerer zu manipulieren gewesen wäre. Kučma hatte sich allerdings verrechnet: Tkačenko wurde ebenfalls zum Anwärter auf das Präsidentenamt.

Die Äußerungen Tkačenkos mit ihrer Sehnsucht nach der Sowjetzeit, nach sowjetischer Rhetorik und sowjetischer Mythologie stimmen bedenklich. Im September 1998 unterstützte er die Idee der Einbindung der Ukraine in die Union Rußland – Belarus. Im Dezember 1998 trat er in Moskau für einen einheitlichen Wirtschaftsraum und eine einheitliche Währung ein (dies nach dem Finanzkrach in Rußland). Er unterstützte die Position der Kommunisten, die erklärten, daß sie ohne den Beitritt zur Interparlamentarischen Versammlung der GUS die Ratifizierung anderer internationaler Abkommen in der Rada blockieren würden. Nach seinem Besuch in Moskau sprach man in der ukrainischen Presse von einem strategische Fehler Kučmas, davon, daß Rußland auf Tkačenko setzen könnte, und von der Ähnlichkeit zwischen Tkačenko und Lukašenko.<sup>55</sup>

Am 3. März 1999 stellte der Parlamentsvorsitzende die Frage des Beitritts zur Interparlamentarischen Versammlung der GUS viermal zur Abstimmung, erst beim fünften Mal wurde der Antrag mit 230 Stimmen (bei notwendigen 226) verabschiedet. Dies bedeutete, daß ebenso wie bei der Wahl des Parlamentsvorsitzenden eine ganze Reihe von Zentristen, darunter vor allem die Grünen und die SDPU(o), die Kučma unterstützen, dafür votierten. Dies war insofern verständlich, als Kučma im Wahlkampf sein Interesse an der Entwicklung der Beziehungen zu Rußland und den GUS-Ländern gern demonstrierte. Viktor Medvedčuk, stellvertretender Vorsitzender des Parlaments, Vorsitzender der SDPU(o) und einer der "Oligarchen", der den Beitritt zur Interparlamentarischen Versammlung der GUS unterstützte, erklärte, daß sich dadurch in Wirklichkeit wenig ändere, da die Interparlamentarische Versammlung keine wesentlichen Entscheidungen treffe. Allerdings ist dieser Schritt zweifellos ein Zeichen für die Orientierung auf Rußland, wogegen sich die Rechten nach wie vor entschieden wehren.<sup>56</sup>

---

<sup>55</sup> Holos Ukraïny, 30.9., 23.12.1998. Ausführlicher dazu: Oleksij Haran': Tkačenko – ein ukrainischer Lukašenko? Ein politisches Porträt des Speakers des ukrainischen Parlaments, Aktuelle Analysen des BIOSt, Nr. 9, 1999.

<sup>56</sup> Urjadovyj kur'er, 6.3.1999.

Das Rating Tkačenkos im Präsidentschaftswettbewerb lag bei lediglich ein paar Prozent. Trotz solcher Figuren wie Tkačenko sind die Positionen der demokratischen Opposition ebenso wie der "Etatisten" im Staatsapparat der Ukraine weitaus stärker als in Belarus. Es ist nicht verwunderlich, daß Tkačenko mitten in der Wahlkampagne zu unterstreichen begann, daß er die Unabhängigkeit der Ukraine in keiner Weise in Frage stelle und die Ratifizierung des russisch-ukrainischen Vertrags (d.h. die Anerkennung der territorialen Integrität der Ukraine) durch die russische Duma sein Verdienst sei. Am 24. August unterzeichneten Marčuk, Moroz, Tkačenko und Olijnyk, Bürgermeister von Čerkasy, ebenfalls ein Präsidentschaftskandidat, in Kaniv ein Abkommen, nach dem die Vier einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen wollten. Tkačenko griff in den Wochen der Viererkoalition die Idee Marčuks auf, sich mit denjenigen auszusöhnen, die 1943-1950 die Ukrainische Aufstandsarmee in der Westukraine unterstützt hatten. In seinem Wortschatz tauchten Phrasen auf wie "Die Ukraine ist eine Großmacht, die Ukrainer sind eine große, stolze Nation", was ebenfalls für eine Akzentverschiebung in Richtung "Etatismus" spricht.<sup>57</sup>

Im übrigen scheiterte der Versuch einer Viererkoalition kläglich und warf alle vier Kandidaten schließlich aus dem Rennen um die Präsidentschaft.

#### ***d) Außenpolitische Einstellungen in der Ukraine nach dem Kosovo-Konflikt***

Das militärische Vorgehen der NATO gegen Serbien hat dem Ansehen der Allianz in der Ukraine und den Anhängern einer Annäherung an die NATO einen schweren Schlag versetzt. Nach den Ergebnissen einer gesamtukrainischen Umfrage, die vom Institut für soziale und politische Psychologie Ende März 1999 durchgeführt wurde, schätzten nur 10% das Vorgehen der NATO positiv und 62% negativ ein. Dementsprechend sank die Zahl der Anhänger einer engeren Zusammenarbeit mit der NATO auf 9%, die der Anhänger eines militärischen Bündnisses mit Rußland wuchs auf 27%, derjenigen eines blockfreien Status auf 33% (31% waren unentschlossen).<sup>58</sup>

Der Konflikt in Jugoslawien trug zur Wiederbelebung des Feindbildes USA im Massenbewußtsein bei. Laut Umfragen von 1997 wurde Rußland als das Land gesehen, von dem der Ukraine die größte Gefahr drohte (25% der Respondenten, sogar 10% im Osten des Landes), während die USA nur von 5% als Bedrohung empfunden wurden (auch im Osten 5%).<sup>59</sup> Hingegen sahen nach einer Umfrage von Socis Gallup im April 1999 39% im Vorgehen der USA und 15% im Vorgehen Rußlands eine Gefahr. Zugleich belegten Rußland (50%) und Jugoslawien (49%) Platz eins in Unberechenbarkeit.<sup>60</sup>

Eine Socis-Gallup-Umfrage im Mai 1999 zeigte einen unzureichenden Grad an Informiertheit in bezug auf die NATO. Obwohl in den Massenmedien über den 50. Gründungstag der

---

<sup>57</sup> Holos Ukraïny, 31.8., 14.10.1999.

<sup>58</sup> Den', 20.4.1999.

<sup>59</sup> Polityčnyj portret Ukraïny, Nr. 18, 1997, S. 99.

<sup>60</sup> Centr mira, konversii i vnešnej politiki Ukraïny: tematičeskij doklad. "Obščestvennoe mnenie v Ukraïne: aprel' 1999" (ukr.).

NATO berichtet wurde, konnten nur 23% das Gründungsjahr der Allianz und 10% die Zahl der Mitgliedstaaten nennen. Sogar bei Akademikern betrug diese Zahlen 47% bzw. 23%. Dies dürfte vor allem auf mangelndes Interesse der Respondenten zurückzuführen sein, belegt aber gleichzeitig, daß das NATO-Informationszentrum in Kiev noch ein großes Betätigungsfeld hat.<sup>61</sup>

Wie gewöhnlich waren die Einschätzungen der Experten (im Juni 1999) viel prowestlicher, obwohl auch diesmal "blockfreier" oder "neutraler Status der Ukraine" als Orientierung überwog: 53% (im März, vor der NATO-Operation in Jugoslawien, 33%). Die Anhänger des "NATO-Beitritts unabhängig von anderen Staaten" machten 37% aus, was weniger ist als vor der militärischen Operation (48%), sich insgesamt aber auf dem Niveau der Vorjahre bewegt. Obwohl Rußland als Nummer eins unter den vier Ländern mit besonderer Priorität (Rußland, USA, Deutschland, Polen) hervorgehoben wird, werden als Hauptverbündete der Ukraine nach wie vor Polen und die USA sowie Deutschland und die NATO genannt. Erst danach folgen mit Abstand das Baltikum und Rußland. Aus diesem Grunde kommen die Verfasser der Umfrage zu dem Schluß, daß es zu früh sei, von einer Krise in der NATO-Ausrichtung der ukrainischen Politik zu sprechen.<sup>62</sup>

Die Experten sprachen der NATO und Jugoslawien die Verantwortung für den Krieg zu gleichen Teilen zu. Fast die Hälfte von ihnen meinte, daß Rußland seine militärpolitische Doktrin revidieren wird, was zu einer Zuspitzung des Gegeneinanders der Atommächte führen wird. Rund 40% befürchteten, daß der Krieg in Jugoslawien einen Präzedenzfall für militärische Interventionen ohne UNO-Mandat schafft. Dabei halten die meisten Experten das Niveau der internationalen Sicherheitsgarantien für die Ukraine weiterhin für "niedrig" und stellen eine verstärkte Abhängigkeit der Ukraine vom Diktat anderer Länder fest.

Der Kurs der Exekutive wurde gebilligt: Fast drei Viertel der Experten meinten, daß die Ukraine sich am Friedenstruppenkontingent in Kosovo beteiligen sollte; die übrigen vertraten einen isolationistischen Standpunkt.<sup>63</sup>

Insgesamt kann die Schlußfolgerung gezogen werden, daß durch das Vorgehen der NATO in Jugoslawien die Position der Anhänger der Allianz in der Ukraine zwar erschwert wurde, jedoch die Ukraine dadurch kaum zu Rußland zurückgestoßen werden dürfte; eher werden die Argumente der Anhänger der "Mehrgleisigkeit" an Gewicht gewinnen.

## Ausblick

Im Präsidentschaftswahlkampf spielte Kučma die radikal antiwestliche Haltung der Linken in der Hoffnung auf die Unterstützung des Westens als Trumpf aus. Vor dem Hintergrund der

---

<sup>61</sup> Centr mira, konversii i vnešnej politiki Ukrainy: tematičeskij doklad. "Obščestvennoe mnenie v Ukraine: maj 1999" (ukr.).

<sup>62</sup> Centr mira, konversii i vnešnej politiki Ukrainy: kvartal'nyj doklad. Vnešnjaja politika Ukrainy i politika v oblasti bezopasnosti po rezul'tatam oprosov ekspertov: aprel' - ijun' 1999 (ukr.).

<sup>63</sup> Ebenda.

interethnischen Konflikte in Jugoslawien und Rußland unterstrichen seine Anhänger, daß die Ukraine trotz des Erbes der Vergangenheit den interethnischen Frieden wahren konnte. Eine erfolgreiche außenpolitische Aktion der Kučma-Administration war die im September 1999 in Jalta abgehaltene Konferenz über Zusammenarbeit in der Ostsee-Schwarzmeer-Region.<sup>64</sup> Der Ort symbolisierte den Abschied von der Nachkriegsordnung Europas und bestätigte nochmals die Anerkennung der Krim als Bestandteil der Ukraine durch die internationale Gemeinschaft.

Die Instabilität in Rußland, die Welle von Terroranschlägen und der Krieg im Kaukasus schwächen die prorußländischen Stimmungen der Wählerschaft erheblich. Dies dürfte sich langfristig auf die geopolitische Selbstbestimmung Kiews auswirken.

Bei den Präsidentschaftswahlen gelang es Kučma, in der Stichwahl am 14. November 1999, wie von Analytikern vorhergesagt, einen relativ überzeugenden Sieg über Symonenko davonzutragen. Hinsichtlich der regionalen Unterschiede wiederholte sich insgesamt das Bild der Wahlen von 1994: Der amtierende Präsident (damals Kravčuk, heute Kučma) errang die meisten Stimmen im Zentrum und im Westen der Ukraine, zu denen diesmal allerdings Gebiete im Süden und Osten – Donec'k, Dnipropetrovs'k und Odesa (auch die Stadt Sevastopol') hinzukamen. Dies spricht für eine gleichmäßigere Verteilung der Stimmen zwischen den Regionen und hat nicht unerheblich zum Sieg Kučmas beigetragen.

Sein Sieg dürfte seine Positionen im Parlament stärken, vor allem durch Vergrößerung der präsidentenfreundlichen Fraktionen. So wird der Weg zu einer radikalen Reform der ukrainischen Wirtschaft und der Annäherung an Europa nicht nur verbal, sondern tatsächlich geebnet. Dies ist das optimistische Szenario.

Allerdings ist auch ein pessimistisches Szenario denkbar. Auch wenn Beobachter insgesamt von einer Wahl ohne nennenswerte Störungen sprachen, so stießen doch der Verlauf der Wahlkampagne, insbesondere die Monopolisierung der Massenmedien, und der unverhohlene Druck auf die Opposition auf Kritik der OSZE und des Europarats<sup>65</sup> sowie auf relativ verhaltene Kommentare westlicher Analytiker vor der Stichwahl. Diese betonten, daß Kučma das "kleinere Übel" sei. Nach Kučmas Sieg könnten die mit dem Regime eng verwachsenen ukrainischen "Oligarchen" keine Anreize zu Reformen sehen, so daß es zu einem weiteren Stagnieren der Wirtschaft und zur Schwächung der Position Kiews in der internationalen Arena kommen könnte.

Am wahrscheinlichsten scheint deswegen ein langsames Vorankommen nach dem Muster: "Zwei Schritte nach vorn, ein Schritt zurück". Ein Anreiz für die Wirtschaftsreform könnte die Notwendigkeit sein, die Außenschulden zu begleichen, um die Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden. Unter diesen Umständen dürfte der Druck des Westens, die ukrainische Wirtschaft zu reformieren, stimulierend wirken.

---

<sup>64</sup> "Balto-Černomorskoe sotrudničestvo: k integrirovanoj Evrope XXI stoletija bez razdelitel'nych linij", 10.-11.9.1999, an der 22 Regierungschefs vertreten waren, darunter die westlichen Nachbarn der Ukraine und Rußland (nur von einem stellvertretenden Premierminister vertreten).

<sup>65</sup> Holos Ukraïny, 17.11.1999.



Zugleich ist es für die Ukraine sehr wichtig, daß die EU Verständnis für die Probleme von Ländern mit Übergangswirtschaften aufbringt und die überflüssigen Importbeschränkungen für ukrainische Waren aufhebt. Politisch wäre es von großer Bedeutung, wenn auf dem EU-Gipfel in Helsinki im Dezember 1999 ein Strategiepapier zur Ukraine verabschiedet würde, in dem die Eingliederung des Landes in die EU als Endziel und der Status eines assoziierten Mitglieds als Zwischenstadium festgehalten würden.

*Abkürzungsverzeichnis*

APU	Agrarpartei der Ukraine
KPU	Kommunistische Partei der Ukraine
KUN	Kongreß der Ukrainischen Sozialisten
NDPU	Volksdemokratische Partei der Ukraine
PRP	Partei "Reformen und Ordnung"
PSPU	Progressive Sozialistische Partei der Ukraine
SDPU(o)	Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine
SelPU	Bauernpartei der Ukraine
SLOn	Sozial-liberale Vereinigung
SPU	Sozialistische Partei der Ukraine
URP	Ukrainische Republikanische Partei

**Oleksij Haran'**

## **Domestic Factors in Ukraine's Foreign Policy**

Bericht des BIOst Nr. 39/1999

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

The present report analyses the various ethnocultural and regional attitudes concerning foreign policy in Ukraine and indicates how they are reflected in the foreign-policy orientation of the major political players, particularly against the background of the presidential elections in October 1999. Its principal hypothesis is that these differences are not insurmountable and that successful economic reforms could lend Ukrainian society considerable impetus on its way towards political and geopolitical consolidation. In the light of the censorious public response in Ukraine to NATO's handling of the Kosovo crisis, particular attention is paid to the attitudes of the voters and the elites towards NATO and to the influence of the Kosovo conflict on these attitudes.

#### *Findings*

1. There are three main orientations within the Ukrainian electorate: 1) a pro-Russian one; 2) a pro-Western one; 3) proponents of a balanced policy. In the years between 1994 and 1998, the positions of those who advocate alignment towards the CIS, towards an alliance with Russia and Belarus, and towards Russia itself, became weaker. The majority of the Ukraine's population is in favour of developing mutually beneficial relations with Russia - calls for integration are particularly well received in west-bank Ukraine - but rejects the idea of firm ties to Moscow's course and the concomitant risk of Kiev being drawn into Moscow's conflicts.
2. The main factor governing the differences in foreign-policy attitudes is the regional, not the ethnocultural one. Even the division into Ukrainian-speaking and Russian-speaking Ukrainians is only relative, the boundaries between these two groups are blurred. Russian-speaking politicians do not feel left out of the struggle for political power in Kiev and consider it more realistic to vie for positions and resources there rather than in Moscow.
3. If the theory of the "clash of civilisations" is to be applied to Ukraine, it must be emphasised that politics in Ukraine cannot be explained by cultural-history factors alone. This is demonstrated also by the change in the stance of the Kuchma administration over the years: from pro-Russian declarations in the 1994 electoral campaign to the conception of

- a "multi-track" policy (mnogovektornost') and subsequently to a course geared towards integration into the European structures. The logic of the construction of a new state are forcing the Ukrainian president on the one hand to balance the influence of the various regions on foreign policy and on the other to steer towards integration with Europe.
4. The "multi-track" policy pursued by the country's leadership corresponds to the ambivalence in the foreign-policy attitudes of the country's people. The left wing can continue to employ symbolic "pro-Soviet" and "pan-Slavic" rhetoric, knowing full well that in reality it hardly has a chance of being put into practice.
  5. The views of the Ukrainian elite, which are more pro-Western than those of the electorate, are promoting the evolution of new approaches in foreign policy. However, this discrepancy is open to exploitation by "anti-Westerners", particularly in an electoral campaign. On the other hand, this does not mean that those in power have to "look left" all the time, especially since, until the Kosovo crisis, Ukrainian public opinion reacted mildly to NATO's enlargement towards the east and saw no reason to oppose the "Partnership for Peace" programme. This makes it all the more important in this latest phase to inform the public more comprehensively about the new security architecture in Europe.
  6. Most of the candidates for the presidency, aware that 55 % of the voters live in the eastern part of the country, stressed the need for close, partnerly relations with Russia. By comparison with the 1994 campaign, however, this topic was less prominent. Except in the case of the new Chairman of the Verkhovna Rada, Tkachenko, in whose attitudes some centre-right politicians see the danger of the Lukashenko phenomenon repeating itself. On the other hand, Tkachenko's rating in the presidential elections was only a couple of percent. The position of the democratic opposition and of the "etatists" in the Ukraine's state apparatus is much stronger than in Belarus. In that respect it is not surprising that Tkachenko shifted his focus in the course of the electoral campaign and insisted that he on no account intended to call Ukraine's independence into question.
  7. Although Yeltsin declared his support for Kuchma, there was nobody among the candidates for president of Ukraine whom Russia would have wanted to back like in 1994. Nor was there any reformer whom the West might have preferred. It is highly likely that the "multi-track" policy will be continued after the presidential election, possibly with a slight shift of emphasis in favour of the West.
  8. The left wing took advantage of the war in Yugoslavia to attack Ukraine's collaboration with Western institutions. Nevertheless, President Kuchma intends to continue co-operating with NATO and the IMF, despite some pro-Russian gestures made in the course of the electoral campaign. What is more: Kuchma's supporters made the most of the radical pronouncements propagated by the left wingers against the background of Kuchma's attempts to mediate in Yugoslavia and highlighted inter-ethnic peace in Ukraine. The instability in Russia as a result of the ongoing war in the Caucasus has seriously weakened pro-Russian sentiment among the electorate and in the long term is likely to have repercussions on Kiev's political self-determination.

9. The West should refrain from putting too much pressure on Ukraine's frail democracy. The Ukrainian side, for its part, must accelerate the creation of a new legal basis and a favourable climate for investment. Otherwise, the propagation of slogans citing integration into Europe could bring about the dis-orientation of Ukrainian society, of Ukraine's foreign-policy structures, and of the country's western partners, and the gap between Ukraine and those countries of Eastern and Central Europe that are successfully integrating into NATO and the EU could widen.
10. During the presidential election campaign there was no candidate in Ukraine whom the West could have unequivocally backed. Before the run-off, Kuchma was seen as the "lesser evil". His victory will consolidate the positions of the parties and groups friendly to the President in parliament, which could smooth the way for a radical reform of the Ukrainian economy. On the other hand, many analysts are of the opinion that the Ukrainian "oligarchs", who are closely interlinked with the current regime, have no incentive for reform, which could lead to further stagnation of the economy and weaken Kiev's position on the international stage. Under these circumstances, some pressure from the West could have a stimulating effect on the reformation of the Ukrainian economy.